

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kundent“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. 5 und Neue Postenstraße 11, sowie durch alle Auszubeh. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rml. + 8 Pf. Trägertohn. 0.30 Rml. monatlich 1.75 Rml. + 35 Pf. Trägertohn. 2.10 Rml. Durch die Post etw. 1.80 Rml. Zustellungsgebühren 2.40 Rml.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5852.

Dankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 311. Dresden

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgelant, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Buchstraße 2/3 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Bahnt sich eine Einigung an?

Die Genfer Räumungsverhandlungen im vollen Gange

Genf, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die zweite gemeinsame Besprechung der Besatzungsmächte und Japans mit Deutschland fand am Donnerstag von 10 Uhr bis 110 Uhr statt. Offiziell wurde über den Ausgang mitgeteilt, daß am Sonntag vormittags eine weitere Besprechung stattfinden soll, da einige Punkte noch der Klärung bedürfen. Reichskanzler Müller wird an diesen Verhandlungen persönlich teilnehmen. Der französische Außenminister Briand, der am Donnerstag mittags nach Paris gereist ist, wird am Sonntagabend nach Genf zurückkehren.

Es wäre verfehlt, aus der Tatsache dieser dritten Besprechung voreilige Schlüsse pessimistischer oder optimistischer Art zu ziehen. Berechtigt dürfte die Annahme sein, daß Frankreich sich des Eindrucks der deutschen Argumente nicht ganz entziehen kann, sondern ernsthaft sowohl die Möglichkeit einer entgegenkommenden Geste durch die Räumung der zweiten Zone als auch ernsthafte Verhandlungen über eine frühere Räumung der dritten Zone erwägt. Ferner öffnet die Tatsache, daß Deutschland letzten Endes ebenso wie Frankreich an einer baldigen Regelung der Reparationsangelegenheit interessiert ist und infolgedessen freihändigen Verhandlungen über die Reparationsfrage zustimmen würde, einen Weg zur Verständigung. Dagegen scheint wieder das Gespenst einer künftigen Rheinlandskontrolle die Verständigung zu erschweren.

Die Gerüchte rechtsstehender „bürgerlicher“ Blätter, daß im Verlauf der Verhandlungen auch die Anschlussfrage aufgeworfen sei oder eine Teilnahme der kleinen Entente an den Besprechungen beabsichtigt ist, sind vollkommen grundlos.

Optimistische und entgegenkommende Haltung der Pariser Presse

Paris, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Berichte, die sich die Pariser Presse von ihren Genfer Berichtern über die Räumungsverhandlungen drahten läßt, sind zwar vorläufig noch sehr knapp, aber alle durchweg auf einen sehr optimistischen Ton abgestimmt. Der Korrespondent des „Temps“ bezeichnet es als einen interessanten Fingerzeig, daß Reichskanzler Müller seinen Genfer Aufenthalt verlängert und Briand sich sofort nach Beendigung des Ministerrats am Freitag in Paris zur Rückreise nach Genf entschlossen habe. Die offizielle Havas-Agentur ihrerseits betont, der Beschluß der Genfer-Konferenz am nächsten Sonntag schon wieder eine Volkshymne abzuhalten, sei heute deutlich genug, daß man eine Verhandlungsbasis gefunden habe und daß Reichskanzler Müller neue, weitergehende Vorschläge gemacht haben müsse. Ebenfalls stelle die Donnerstagsführung der Genfer-Konferenz eine bedeutsame Etappe in den Räumungsverhandlungen dar, die schon jetzt eine Einigung für eine nähere oder fernere Zukunft als durchaus möglich erscheinen lasse.

Im übrigen geht hier in der Pariser Presse die Diskussion über die von Deutschland zu verlangenden Sicherheitsgarantien weiter. Außer den Unentwegten protestiert niemand gegen den Gedanken einer doppelseitigen Kontrolle der deutsch-französischen Grenze. Die Stimmen mehrerer sich zielsicher, die die gleichmäßige Behandlung Deutschlands und Frankreichs vor dieser Kontrolle als einzige ausschließliche Lösung und darüber hinaus als einen bestimmten Sieg der Völkerbundsdeale ansprechen. Diese gleichmäßige Kontrolle könne als Anfang für die umfassende internationale Kontrolle und deshalb als ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege der internationalen Abrüstung angesehen werden.

Endlich scheint man sich in Paris auch damit abgefunden zu haben, die Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes, die endgültige Festlegung der Reparationsfrage der deutschen Schuld und die sofortige Mobilisierung eines Teils der Dawesobligationen einem Sachverständigenkomitee zu überlassen. Die Pariser öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kommt, legt gegenüber den Genfer Verhandlungen eine sachliche Einsicht an den Tag, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Der „Jurnal“ glaubt sogar mit Bestimmtheit zu können, daß die Sachverständigenkonferenz im Anfang Oktober in Paris zusammentreten werde. Dabei läßt die Gesamtheit der deutsch-französischen Probleme geprüft werden.

Die Grundlinien der Einigung gefunden?

Paris, 14. September. (Eig. Funkbericht.) Für die Pariser Presse, die heute im höchsten Optimismus schwimmt, ist die Einigung über die Rheinabräumung und die Revision des Dawesplanes fast schon eine vollendete Tatsache. Nach übereinstimmender Darstellung der großen offiziellen inspirierten Blätter soll sich diese Einigung, nachdem sich der Reichskanzler bereit erklärt hat, gleich-

zeitig parallel zur Rheinlandfrage auch die Reparationsfrage verhandeln zu lassen und die Festlegung der näheren Einzelheiten einer Sachverständigenkommission zu übertragen, wie folgt vollziehen:

Die Endsumme der deutschen Reparationsverpflichtungen wird endgültig festgesetzt, und zwar mit einer beträchtlichen Ermäßigung, daß sich wahrscheinlich auch die normale Annuität, die heute 25 Milliarden beträgt, ebenfalls beträchtlich vermindert. Gleichzeitig wird Deutschland eine neue Herabsetzung versprochen für den Fall, daß die Vereinigten Staaten einer Gesamtliquidierung des Kriegsschuldenproblems zustimmen. Deutschland verpflichtet sich aber, einen Teil der Dawesobligationen sofort zu mobilisieren, und zwar vorläufig nur auf europäischen Geldmärkten. Gleichzeitig stimmt Deutschland der Einrichtung einer doppelseitigen Kontrolle am Rhein und an der deutsch-französischen Grenze zu. Zu diesem Zweck wird ein besonderes ständiges Komitee gebildet, das den Namen „Kontrollierungs- und Verständigungs-Komitee“ tragen soll. Die Kontrollbefugnisse dieses Komitees erstrecken sich auf französisches Gebiet. Sobald nun die Sachverständigen, die Anfang Oktober in Paris zusammentreten, die Einigung in allen technischen Einzelheiten festgestellt haben, räumt Frankreich die zweite Zone im Rheinland und gibt gleichzeitig das feierliche Versprechen ab, die dritte Zone zu räumen, sobald der von den Sachverständigen ausgearbeitete Einigungsplan von allen Beteiligten angenommen worden ist. Sauerwein im „Matin“ und Perlinax im „Echo de Paris“ stellen beide ausdrücklich fest, daß außer der Überwachung im Rheinland keinerlei weitere Sicherheitsgarantien zugunsten von Polen oder der Tschechoslowakei gefordert würden. Briand wird im heutigen Ministerrat über seine Genfer Verhandlungen Bericht erstatten, und die Pariser Presse erwartet, daß das Kabinett gegen die in Genf in Aussicht genommene Einigung keinerlei Protest erheben wird.

A. Kr. Wir können schon heute erklären, daß wir diese Lösung des Problems, wenn sie tatsächlich so erfolgen sollte, wie in der vorstehenden Meldung skizziert, für eine für Deutschland durchaus annehmbare Lösung halten. Und zwar, obwohl das natürlich tatsächlich, wenn auch nicht formal, eine unberechtigte Verkopplung des Räumungsproblems mit dem Reparationsproblem darstellen würde. Denn diese an sich freilich zu Unrecht verlangten Bedingungen für die Gesamträumung des noch besetzten Gebietes würden nicht nur tragbar für uns sein, sie würden uns sogar außer der sofortigen Räumung des gesamten besetzten Gebietes eigene große Vorteile bringen. Sie würden uns die lang ersehnte Festlegung und Ermäßigung der Reparationssumme, ja selbst eine Ermäßigung der Jahresrate, also eine direkte sichtbare Erleichterung unserer Finanzlage bringen, ferner die Beschränkung unserer Zahlungen auf einen bestimmten, fest umgrenzten Zeitraum. Und das alles, wenn der oben skizzierte Plan wirklich so durchgeführt würde, ohne Aufhebung des Transferschlusses zum mindesten für den nicht mobilisierten Teil der Schuld.

Aber auch die Zustimmung zu der hier verlangten Kontrolle kann uns nicht weh tun. Denn in dieser Gestalt, das heißt als Kontrolle beider Vertragsparteien ist sie nur zu begrüßen, ist sie nur der Anfang einer allgemeinen Kontrolle der Rücklagen, die wir ja gerade erstreben, enthält sie aber nicht die geringste Demütigung für Deutschland, zumal wenn wir in der Kontrollkommission selbst Sitz und Stimme erhielten.

Wir sind deshalb der Meinung, daß eine Einigung auf dieser Grundlage einen gemächlichen Fortschritt sowohl in der Reparationsfrage wie in unserem Verhältnis zu Frankreich und einem großen Erfolg der gegenwärtigen Reichsregierung insbesondere aber Herrmann Müllers darstellen würde.

Wir finden diese Lösung sogar so günstig, daß wir noch nicht recht daran zu glauben vermögen, daß sie Wirklichkeit werden wird. Vorläufig muß man noch daran zweifeln, daß Frankreich uns so weit entgegenkommen wird, da ein solches Entgegenkommen

eine starke Schwächung Frankreichs darstellen würde, außerdem aber sind auch die sachlichen Schwierigkeiten in der Frage der Mobilisierung eines Teils der Reparationsschuld so groß, daß es noch Monate lang dauern kann, bis sie werden gelöst werden, und daß es fraglich ist, ob sie überhaupt ohne Amerikas Hilfe gelöst werden können. Ob diese zu bekommen ist, steht aber noch völlig dahin. Bislang hat sich Amerika stets dagegen gesträubt. Wir möchten deshalb noch hinter die vorstehende Meldung ein großes Fragezeichen machen und vor voreiligem Optimismus warnen.

Die Wichtigmacherei der Deutschnationalen

Berlin, 13. September. (Eigener Bericht.) Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Abg. Scheidemann, kehrt am Sonnabend von einer längeren Auslandsreise nach Berlin zurück. Er wird sich deshalb erst am Sonnabend mit der deutschen Völkerbunds-Delegation in Verbindung setzen und feststellen, ob und wann dem deutschnationalen Agitationsantrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses entsprochen werden kann. Vor Mitte der nächsten Woche dürfte der Ausschuss keinesfalls zusammenberufen werden. Die deutschnationale Parteileitung hat inzwischen ihren Auswärtigen Ausschuss nach Berlin berufen, um ihre frühere Zustimmung zu Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund zu revidieren zu lassen. Man will künftig auch außenpolitisch eine starke Oppositionsstellung vortäuschen. Die Zustimmung der deutschnationalen Reichstagsfraktion zum Locarnopakt und zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bleibt trotzdem bestehen. Der Locarnopakt erlangte überhaupt erst Rechtskraft durch die Unterzeichnung des deutschnationalen Reichspräsidenten v. Hindenburg.

Die deutschnationale Pressestelle berichtet: Bei der Zusammenkunft der deutschnationalen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses am Donnerstag berichtete der Fraktionsvorsitzende über seine Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt. Die Anwesenden billigten einstimmig den von Graf Westarp gestellten Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, dessen sofortige Einschaltung für dringend erforderlich erklärt wurde. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Herr Abg. Scheidemann, hatte mitgeteilt, er werde am Sonnabend in Berlin feststellen, wann die Genfer Delegierten berufen könnten. Da die Behandlung des deutschnationalen Antrages die Gefahr einer bedenklichen Verzögerung in sich birgt, hat Graf Westarp das Außenministerium schriftlich gebeten, dem Herrn Reichskanzler das Ersuchen zu übermitteln, vor weiteren Verhandlungen zwecks Verständigung mit dem Auswärtigen Ausschuss vorübergehend nach Berlin zurückzukehren. Er hat Herrn Scheidemann erwidert, sich diesem Wunsche anzuschließen.

Der Abg. Scheidemann kehrt nicht vor Sonnabend nach Berlin zurück und auch der Reichskanzler wird schwerlich in der Lage sein, die am Donnerstag gestaffelten Dispositionen für eine neue Sitzung am Sonntag von sich aus über den Haufen zu werfen, um nach Berlin zurückzukehren. Das würde einen Akt diplomatischer Unhöflichkeit darstellen. Am Sonnabend tritt das Reichskabinett in Berlin zusammen, in dem die Vertrauensmänner einer starken Mehrheit des Reichstages vereinigt sind. Wenn die deutsche Delegation in Genf mit der Regierung in Berlin Fühlung hält und dann vor den Auswärtigen Ausschuss tritt, um ihre Haltung zu erklären und zu rechtfertigen, so handelt sie genau so wie bisher alle Regierungen, besonders auch die, in denen die Deutschnationalen saßen, gehandelt haben. Die Rechte der Opposition werden so in völlig ausreichender Weise gewahrt.

A. Kr. Wir hoffen, daß dem sinnlosen und lebighich aus Agitationsgründen entworfenen Drängen der Deutschnationalen nur soweit nachgegeben wird, als es den in solchen Fällen üblichen Gebräuchen entspricht. Unseres Erachtens kann der Ausschuss schon deshalb erst nach einer gewissen Frist einberufen werden, weil nicht nur der Reichskanzler vorerst in Genf unabkömmlich ist, sondern weil auch wichtige Mitglieder des Ausschusses selbst in Genf arbeiten und dort dringend benötigt werden. Ein übereiltes Zusammenberufen des Ausschusses würde deshalb einfach auf eine Sabotage der Arbeit der deutschen Genfer Völkerbundsdelegation hinauslaufen. Außerdem aber können die Deutschnationalen auch noch aus einem anderen Grunde ruhig warten. Die Reichsregierung hat ihnen vor der Abreise der Delegation nach Genf eingeschrieben, sich an der Delegation zu beteiligen. Das haben die Deutschnationalen ohne jeden sachlichen Grund rundweg abgelehnt, während früher die Sozialdemokratie als Oppositionspartei das niemals ablehnte, weil sie Verantwortung vor der Deutschnationalen als mutige deutsche Männer eine Heidenangst haben, nicht können. Damit haben die Deutschnationalen dargelegt, daß sie kein Interesse an den Verhandlungen der deutschen Delegation und Regierung in Genf haben, daß sie darauf verzichten, auf diese Verhandlungen Einfluß zu nehmen. Infolgedessen ist klar, daß ihr jegliches Gehör im Ausschuss an die Rede Bands nur Tam-Tam, nur Theaterdonner ist, um über die Schwierigkeiten, ja Zerlegungsbeziehungen in ihrer Partei hinwegzuzugeln. Inzwischen hat sich außerdem herausgestellt, daß es Briand völlig fern lag, durch seine Rede eine „spezifische Schwächung Frankreichs einzuleiten, wie wir

lediglich eine, allerdings sehr unkluge, Verteidigungsrede gegen Hermann Müllers Anklagen, zu denen sich die deutsche Vertretung in Genf übrigens niemals aufgeschlossen hat. Solange sie von den Deutschnationalen mitgebildet und in ihrer Haltung mitbestimmt wurde. Die Räumungsverhandlungen sind aber noch nicht so weit gediehen, daß sich das Ergebnis dieser Verhandlungen schon übersehen ließe. Es ist also noch mindestens heute noch gar nicht möglich zu entscheiden, ob die Außenpolitik Deutschlands ihre Methoden — nicht ihr Ziel — ändern muß. Die letzten, an anderer Stelle dieser Ausgabe abgedruckten Meldungen aus Genf und Paris zeigen sogar, daß umgekehrt eine günstige Wendung der Verhandlungen sich vorzubereiten scheint. Es kann also leicht sein, daß die ganze Aktion der Deutschnationalen überhaupt sinnlos wird, weil die außenpolitische Lage sich bessert, anstatt sich zu verschlechtern. Die Einberufung des außerparlamentarischen Reichstagsausschusses ist deshalb vorerst noch auch sachlich unbegründet, da der Ausschuss bislang für keine Beratungen noch gar nicht den nötigen Stoff hat. Er kann höchstens den Deutschnationalen Gelegenheit geben, wieder einmal den Mund gewaltsam aufzureißen. Endloses unsachliches Geschwätz und große Worte, hinter denen keine Taten stehen, lieben sie ja nun einmal über alles. Besonders glücklich sind sie, wenn sie im gemeinsten Gassen-ton hemmungslos schimpfen können. Das beweist auch folgende Meldung wieder einmal:

Brüssel, 13. September. (Eigener Bericht.) Die Genfer Rede Brind's, die auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie berechtigte Kritik erfahren hat, ist den nationalpolitischen Zeitungschriftlern ein willkommenes Aniaß zur wüthendsten Heße gegen Frankreich geworden. Wenn diese Leute dabei um außenpolitische Grundfragen kämpfen, wäre die Sache noch erträglich und man könnte sich mit ihnen ernsthaft auseinandersetzen. Wenn sie aber in einer Art Delirium zu der schamhaftesten persönlichen Herabsetzung eines fremden Staatsmannes, mit dem Deutschland immerhin zu verhandeln hat, übergehen, dann muß solche Art öffentlich angeprangert werden. In der „Braunschweigischen Landeszeitung“ schreibt z. B. ein würdiger Nationalist aus dem Baltikum über die Demasierung Brind's in Genf:

„Monieur Brind's Brind trat nicht gerade allzu schwer mit ethischen und moralischen Grundfragen beschwert ins Leben, um auf dem Umwege über die Sozialdemokratie, die er sehr leichten Herzens verriet, zu Macht und Einfluß zu gelangen. In einem Barde mit Antimierbeizieh in der kleinen französischen Provinzstadt Rantes, dessen Inhaber Herr Brind's Senior war, genosß der spätere französische Friedensapostel und Nobelpreisträger seine erste Erziehung. Und als junger Advokat wurde der heilige Moralprediger des Weltfriedens im bretonischen Städtchen Saint-Nazaire „wegen eines Attentats auf die guten Sitten“ zu zwei Monaten Gefängnis und 200 Franken verurteilt. Denn er war auf einer Weise vor der Stadt mit einem ehrbaren Bürgermeistern von einem Platzhüter in flagranti ergriffen worden... Ein solcher Chevalier (Meister), der den Sitten der Antimierbeiziepe in Rantes kein Leben lang iten gelieben ist, hat es nun am Montag gesagt...“

Das ist eine Schmierzinterei, gegen die sich jeder anständige Mensch, ganz gleich, wie er zu Brind und Frankreich stehen mag, wenden muß. Sie trifft deshalb letzten Endes nicht den französischen Innenminister, sondern das Volk, in dem sie gestanden und den Mann, der sie geschrieben hat. Von welcher Coeleur sind beide? Kunstkaff, est deutfch-national!!!

Neuer Justizskandal!

Wieder ein handfestes Parteiturier eines deutschen Gerichts
In dem Prozeß gegen den Fideikommissbesitzer Baron de Forst (Roß), den Rittersgutsbesitzer von Gumbach (Mollenhans) und den Geschäftsführer des Kreislandbundes Waren (Ottendorff) wegen Verzögerung zur Rückzahlung von Steuern, deren sich die beiden Ehegatten in einem Kaufschreiben an die Landwirte schuldig gemacht haben, erliefte das erweiterte Schöffengericht in Waren (Mollenhans) ein Freispruch.

Schon der alte Gesetzkodex hat das Wort geprägt: „Gerechtigkeit ist ein schön Ding, aber es gibt auch — Justiz.“ Das Wort hat, wie es scheint, auch heute noch volle Gültigkeit.

Wieder ein objektiver Richter

Unerschämte Verurteilungen eines hohen bayerischen Richters auf dem Juristentag
Salzburg, 10. September. (Eigener Drahtbericht.)
In Salzburg tagt zurzeit der „Deutsche Juristentag“, an dem mehr als 1000 Juristen teilnehmen. Am Donnerstag stand die „Übernahme der Justiz auf das Reich“ zur Debatte. Das von dem Senatspräsidenten des Reichsgerichts, Reichert, erstattete Referat war außerordentlich sachlich. Als Korreferent war der Präsident des bayerischen Oberlandesgerichts, v. Ungner, bestellt worden. Er äußerte sich in rein partikularistischem Sinne und erklärte, daß ein Übergang der Justiz auf das Reich zu einer starken Politisierung der Justiz führen könnte. Diese unsachliche Verurteilung übertrumpfte er durch die Bemerkung, daß die Vereinfachung der Justiz schließlich einmal so weit führen könne, wie in Preußen, „wo die gegenwärtigen preussischen Koalitionsparteien die Deute unter sich verteilt haben.“ Es kam zu lebhaften Entzündungen, ohne daß sich v. Ungner weiterer unerschämter Verurteilungen enthielt. So sprach er von der Vereinfachung als einer Treulosigkeit gegenüber Bayern und erklärte schließlich, wie lange würde der Einheitsstaat schon wirklich dauern, wenn er wirklich jemals zur Tat werden sollte.

Im Verlauf der Mittagspause bemühte sich der Vorsitzende des Juristentages, den abfärschlich heraufbeschworenen Konflikt beizulegen. Es stellte sich jedoch heraus, daß es sich bei den Äußerungen nicht um eine unfreiwillige Entgleisung, sondern um Feststellungen aus voller Ueberlegung handelte. Die Folge war, daß der preussische Justizminister Dr. Schmidt die Tagung des öffentlichen Ausschusses zu einer Erklärung folgenden Wortlautes benutzte:

„Ich wollte mich heute nicht an der Diskussion in dem öffentlich-rechtlichen Ausschuss beteiligen. Ich habe auch heute früh zunächst kein Wort gesprochen, als Präsident Ungner meinen Angriff gegen Preußen richtete. Ich wollte nicht Ost in das Feuer gießen. Als alter Richter habe ich mir sehr wohl überlegt, wie ich mich zu verhalten habe.“

Ich bin aber jetzt zu dem Ergebnis gekommen, daß ich mich doch äußern muß. Meine Worte sollen nur dem Frieden dienen. Ich muß erklären, als Herr v. Ungner seine Bemerkung machte, die ich hier nicht wiederholen will, war ich schwer verletzt. Ich habe sofort dem Vorsitzenden, Geheimrat Triebel einen Zettel geschrieben, in dem ich ihm mitgeteilt habe, daß ich persönlich verletzt sei und ihn bitte, ihn zu bewegen, daß er eine Erklärung dazu abgibt. Diese Verbalnote hat den Präsidenten Triebel veranlaßt, zu der Bemerkung Stellung zu nehmen. Das ist mir jedoch nicht genug. Ich muß formell nochmals Versicherung gegen die Äußerungen des Herrn v. Ungner einlegen. Ich bemerke nur, daß ich trotz allem der Ueberzeugung bin, daß der Deutsche Juristentag bei der Objektivität, die ihm wesensmäßig ist, über gewisse Dinge hinweggeht.“

Diese Ohrfeige qualifizierte der Juristentag mit lebhaftem Beifall. Der bayerische Staatsrat v. Ungner nahm sie gelassen hin. Selten hat ein hoher Beamter seine Heimat so blamiert, wie dieser bayerische Richter. Im bürgerlichen Sprachgebrauch nennt man keine Handlungswelt z. w. eine Flagelei.

Salzburg, 11. September. (Eig. Funfbericht.)
Der öffentlich-rechtliche Ausschuss des Deutschen Juristentages hat in später Abendstunde mit einer Mehrheit von 90 zu 64 Stimmen die Entschließung des Senatspräsidenten Reichardt angenommen, in der es heißt:
„Die Interessen der Rechtspflege machen die Übernahme der Justiz auf das Reich notwendig.“ In der Debatte, die der Abmahnung vorausging, wandten sich die bayerischen Juristen gegen die Übernahme der Justiz auf das Reich.

Neue kommunistische Robetten

Sie überfallen Arbeiter-Samariter.
Am Donnerstag abend gegen 11 Uhr wurde in der Gedensstraße in Berlin eine Gruppe von Arbeiter-Samaritern, bei denen sich Frauen und ein Kind befanden, von einer Horde Kommunisten überfallen. Als die Arbeiter-Samariter ihr Versammlungslokal verlassen, erliefen Pfiffe, und eine Gruppe von Radfahrern fuhr ihnen voraus. Auf ein weiteres Signal fielen die Arbeiter über sie her und schlugen mit Schlagringen und Gummihäupteln auf sie ein. Einer der Überfallenen wurde schwer verletzt und mußte im Auto zur Rettungstelle transportiert werden. Mehrere andere trugen leichtere Verletzungen davon. Als Polizei erschien, künftelten die Angreifer. Es handelt sich um Kommunisten, die aus der Ortsgruppe Friedrichshain des Arbeiter-Samariterbundes ausgeschlossen worden sind.

Reaktionärer Putschversuch in Oesterreich

Abwehrmaßnahmen der Arbeiterschaft
Wien, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Heimwehren planen für den 7. Oktober einen Aufmarsch aller Heimwehren aus Oesterreich nach Wiener Neustadt. Darüber herrscht in der Arbeiterschaft dieser Industriestadt große Erregung. Die Heimwehrenzentrale hat sich deshalb zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß sie nicht alle Heimwehren aus Oesterreich, sondern nur aus den angrenzenden Ländern nach Wiener Neustadt kommen lassen will.

Die Vertrauensmänner der Eisenbahner in Wiener Neustadt haben nun am Mittwoch eine Versammlung abgehalten und eine entschiedene Protestkundgebung gegen die Provokation der Heimwehren beschlossen. Sie erklären, daß die Erregung unter den Eisenbahnern infolge dieser Provokation wächst und die Vertrauensmänner sich veranlaßt fühlen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die das für die Arbeitsfreudigkeit der Eisenbahner zur Folge haben könnte. Die Eisenbahner stehen geschlossen mit der übrigen Arbeiterschaft in der Abwehr und werden alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die Angriffe der Reaktion mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie
Wien, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag abend beginnt im Arbeiterheim des 10. Wiener Bezirks der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie. Auf seiner Tagesordnung steht als wichtigster Punkt der Mieterkutsch und die sozialdemokratische Wohnungspolitik, worüber Dr. Otto Bauer den Bericht erstattet wird. Außerdem wird der „Kampf um die Abgabenteilung“ behandelt. Diese Abgabenteilung entspricht dem Finanzausgleich in Deutschland. Die österreichische Regierung beantragt, den Gemeinden und Ländern, vor allem aber der Wiener Gemeinderat, einen Teil ihrer Einnahmen, die sie zu Zwecken des Wohnungsbaus verwendet, zu nehmen.

Die Not im englischen Bergbau

London, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Exekutive des englischen Bergarbeiterverbandes, die am Donnerstag in London zusammentrat, lagen Berichte einzelner Distrikte vor, die ein erschütterndes Bild der wachsenden Notlage im britischen Bergbau boten. Angeichts der überaus kritischen Situation, die infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit eingetreten ist, appelliert die Exekutive an die Öffentlichkeit, Spenden zur Unterstützung der notleidenden Bergarbeiter zur Verfügung zu stellen.
Die Zahl der Arbeitslosen im Bergbau beträgt gegenwärtig 324 832, das sind 25 000 mehr als im Vormonat.

Der Seewolf.

Von Jack London.

57 (Nachdruck verboten.)
Raub lockte müde und sich den Kopf wieder zu rücken. Ich überließ das Rudern sich selbst, um ihre Füße in die Decken zu wickeln und ihr einen Hüpfel über das Gesicht zu ziehen. „Kuh! sie war nicht kräftig! Ich sah mit der Nymf nach Schweiß und das ist ein Hundert Meilen, die mit ihrer Wühler vor uns lagen — ich, wenn es nur nicht Schlimmeres als Wühler werden sollte. Auf diesem Meere konnte ich nicht ein vernünftiger Sturm aufkommen. Und doch fühlte ich mich nicht. „Es muß gut gehen, es muß gut gehen!“ — Das wiederholte ich mir immer wieder.
Am Nachmittag fristete der Wind wieder auf, die See wurde wärziger und fröhlich mich und das Boot auf eine harte Probe.
Die Sonne war den ganzen Tag nicht zum Vorzeichen gekommen und es war bitterstark geworden, so daß Raub und ich mit Handhabungsübungen überbristeten und ich am Rudern blieb und mir hin und wieder wüthenden den Windhosen einen Wüth zu mir nahm.
Zwischen war es ganz dunkel geworden, Wind und Regen wurden jählich für das kleine Fahrzeug und so habe ich das Segel ein und verjuchte, einen Versuch zu machen. Ich hatte die — Raub durch Schräg mit den Füßern erfährt und es war eine ganz einfache Sache. Ich legte das Segel zuhaken, furtiv es gegen die Mast, dann Segel und zwei Boot Referenzen ist nach mich es über Bord. Eine Dose verlor es mit dem Boot und da es tief im Wasser lag und dem Meere keinen Widerstand bot, wird es langamer als das Boot. In folgendem hielt es den Tag in See mit Wind — die stärkste Dose, um sich gegen das Boot zu schützen, wenn es kommen kann.
„Und lebst“ fragte Raub plötzlich, als ich die Dose nachschaut war und ich mir die Dose an die Hand nahm.
„Ich lehne mir nicht nach Japan“, sagte ich. „Wir treiben in der Richtung nach Südwest über die Inseln mit einer Geschwindigkeit von mindestens zwei Meilen in die Ferne.“

„Und hundertunddreizig, wenn er drei Tage und Nächte anhält.“
„Aber er wird nicht anhalten!“ sagte sie zuversichtlich. „Er wird sich drehen und wenden, wie wir ihn brauchen.“
„Das Meer ist der große Trolch.“
„Aber nicht der Wind“, erwiderte sie. Sie wurde ganz bereit, wenn sie auf den prächtigen Posten zu sprechen kam.
Auf ihren eindringlichen Wunsch überließ ich ihr die Ruder bis Mitternacht — es war jetzt neun Uhr — aber ich hüte sie in Decken und Ulyng ein, ehe ich mich niederlegte. Ich schlief nur mit einem Auge. Das Boot hüpfte und ritt, wenn es über die Wellenberge ging; ich konnte kein verlässliches Hören und immer wieder spritzte her Schaum ins Boot. Und doch erschien mir die Nacht nicht schlimm, war sie doch nicht im Vergleich mit den Nächten, die ich auf der „Stoff“ erlebt hatte.
Den Tag, vor dem Stoff zerfas und selbst Thomas Maggidge mit Frucht gemacht hatten, fürchtete ich nicht mehr. Raub drohte war in mein Leben getreten und das hätte mich veranlaßt zu haben. Alles in allem, dachte ich, sagte es besser sein, zu leben, als geliebt zu werden, wenn die Liebe und etwas zu inner machen konnte, daß wir den Tod nicht mehr fürchteten. Ich konnte mein eigenes Leben über dem anderen vergessen, was ich — so paradox es auch klingen mag — nie hätte ich so gewünscht zu leben wie gerade jetzt. Sie war mein Leben so begünstigt gewesen — das war mein letzter Gedanke, und dann, im Einschlafen, gab ich mich zufrieden mit dem Verstand, die Nacht zu durchbringen, die den Stören einhüllte, wie ich konnte, Raub zusammengekauert sah und über die schimmernde See hinausschielte — jeden Augenblick bereit, mich zu wecken, wenn es nur sein sollte.
Es ist unartig, alle Seiten eingehend zu schildern, wobei der Maßstab bei diesen Tagen zu erlauben hatten. Der kleine Raubwölfe hatte viermal um das Boot herum und Raub und Scham immer bereit über, daß ich unerschrocken klappte meine. Der Boot war ein — Raub war alles was, so das Ulyng, Schamwölfe und Schamwölfe war mit einem, sie sah auf Raub und Gänge und ein paar verirrte Loden. Er läßt mich hin und wieder zum Schöpfen an, stülpte Körper und trockne den Sturm. Er war nicht ein so hohes Meer, aber er war, wie wir in einer kleinen getrockneten Boot

Kalt und trostlos peitschte der Wind uns das Gesicht, die weißen Seen jagten heulend vorbei und wir kämpften den ganzen Tag. Die Nacht kam, aber keiner von uns schlief. Der Tag kam und immer noch peitschte der Wind unsere Gesichter. In der zweiten Nacht schlief Raub vor Erschöpfung ein. Ich deckte sie mit Ulyng und einer Perseutung zu. Sie war kalt vor Kälte. Ich fürchtete, daß sie die Nacht nicht überleben würde, aber wieder brach der Tag an, kalt und trostlos, mit demselben bewölkten Himmel, schneidenden Winde und brüllenden Meere.
Ich hatte achtunddreizig Stunden lang kein Auge geschlossen. Ich war bis aufs Mark durchgefroren und mehr tot als lebendig. Mein Körper war heiß vor Anstrengung und Kälte und meine Muskeln kümmerzten fürchterlich. Und dabei wurden wir immer weiter nach Nordosten getrieben, immer weiter fort von Japan und nach der öden Deringsee.
Aber noch lebten wir und hatten unser Boot. Am Abend des dritten Tages nahm der Wind sogar noch etwas zu. Der Bug tauchte in einen Wogenkamm und das Boot füllte sich zu einem Viertel mit Wasser. Ich schöpfte wie wahnsinnig. Als ich das Boot wieder trocken hatte, sah ich mich genüstig, die Verjennung Raub wegzunehmen und sie quer über dem Bug zu befestigen. Es war ein Glück, daß ich es tat, und obgleich wir in den nächsten Stunden dreimal mit dem Bug tauchten, nahmen wir kein Wasser über.
Raub befand sich in einem jämlichen Zustand. Sie sah zusammengekauert auf dem Boden des Bootes, ihre Lippen waren blau, ihr graues Gesicht zeigte deutlich, welche Qualen sie litt. Aber ihre Augen sahen mich bekräftig mit ihrem tapferen Blick an und kein Wort der Entmutigung kam über ihre Lippen.
In dieser Nacht muß der Sturm seinen Höhepunkt erreicht haben, aber ich achtete seiner nicht. Auf dem Rücken übermannten mich Müdigkeit und Schmerzen und ich schlief ein.
Am Morgen des vierten Tages war der Sturm zu einem leisen Hauch gesunken, die See beruhigte sich und die Sonne lächelte auf uns herab. Oh, diese atemberaubende Genuß! Wie wir unsere armseligen Körper in ihrer tödlichen Wärme badehen! Wir lebten auf wie Käfer nach einem Sturm. Wir lächelten wieder, sagten lustige Dinge und erörterten hoffnungslos unsere Lage. Tollkühnlich war sie schütterter als je.
(Fortsetzung folgt.)

Was wir in Polen sahen und hörten

Eindrücke von der Reise schlesischer Pressevertreter nach Polen

A. Kr. An der Reise schlesischer Pressevertreter nach Polen, über die wir bereits gestern kurz berichteten und die nach Krakau, Gombrowitz und Warschau führte, nahm auch ein Vertreter unseres Landes teil, da wir der Ansicht waren, daß gerade wir, die wir seit Jahren für die Beendigung des Zollkrieges mit Polen und seit dem Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages, wie überdies für die Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen kämpfen, die Pflicht hätten, uns einmal durch den Augenblick ein konkretes Bild von den Verhältnissen in Polen zu verschaffen. Die Zwecke der Reise waren zunächst der Besuch der polnischen Ostmesse in Lemberg, dann Besprechungen mit Vertretern der polnischen Wirtschaft und endlich Unterhaltungen mit polnischen Politikern in Warschau, um einen Eindruck von der Stimmung in Polen im Zeitpunkt des Wiederbeginns der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu bekommen.

Der Gesamteindruck, den wir von der Entwicklung der polnischen Wirtschaft bekamen, war der, daß überall in Polen ein harter und entschlossener Wille vorhanden zu sein scheint, Polen wirtschaftlich vorwärts zu bringen. Wie man auch das bereits erreichte beurteilen mag, ob man der Ansicht sein mag, daß es nach verhältnismäßig gering ist, oder ob man glauben mag, daß die Polen schon sehr schöne Erfolge erzielt haben (das läßt sich bei einem so kurzen Besuch nicht feststellen, läßt sich wohl überhaupt nicht durch den Augenblick erkennen, darüber gibt die Statistik viel bessere Auskunft), jedenfalls erhält man bei einer solchen Reise durch Polen den Eindruck, daß die Polen mit seltener Energie an dem Aufbau einer eigenen Industrie und an der Erschließung der Hilfsquellen des Landes arbeiten und auch die jahrelange Vernachlässigung großer Teile ihres Landes durch die früheren Beherrscher des Volkes, besonders durch die Russen, auszugleichen versuchen.

Fangen wir mit dem letzten an: In Warschau herrscht eine außerordentlich rege Bautätigkeit, die sowohl den Wohnungsbau wie den Bau von Fabriken und öffentlichen Gebäuden umfaßt. Es entstehen an mehreren Stellen Warschaus große neue Stadtviertel, soweit der Wohnungsbau in Frage kommt zum Teil auf gemeinschaftlicher Grundlage. Bemerkenswert ist dabei auch, mit welcher Energie die Gemeindevormaltung von Warschau diese neuen Stadtviertel mit den nötigen Verkehrswegen versorgt. Man kann das Tempo verfolgen, in dem dort neue Straßen, neue Straßenbahnlinien usw. in diesen Stadtvierteln angelegt werden und wie lange es bei uns oft dauert, bis die neuen Viertel mit diesen notwendigen Verkehrswegen versorgt werden, so muß man zugestehen, daß die Polen in diesen Punkten uns weit voraus sind. Hierfür sei ein weiteres charakteristisches Beispiel erwähnt. Bei uns in Breslau kam man sich seit Wochen darüber, wer die Kosten für die beleuchtete Hausnummerierung tragen soll. Wir sind in Breslau glücklich so weit, daß an einer Straße diese Nummerierung probeweise durchgeführt ist. Sowohl in Krakau, als auch in Lemberg, als auch in Warschau ist dagegen diese Einrichtung bereits in allen Bezirken durchgeführt. So steht in Warschau die sogenannte polnische Wirtschaft aus. Ein anderes Beispiel: Die Russen haben besonders die Hauptstadt Warschau außerordentlich vernachlässigt, teilweise sogar früher vorhandene Dinge zerstört. So rafferten sie ganze Villenviertel und errichteten auf ihrem Platz eine umfangreiche Zitadelle. Sie wird jetzt niedergelegt, um wieder Hauptplätze für den Wohnungsbau zu erhalten. Auch die schweren Kriegszerstörungen in Warschau sind zum größten Teil wieder beseitigt, besonders sind die großen Reichshäuser wieder völlig hergestellt, ja, es wurde sogar, wenn wir uns recht erinnern, mit großen Kosten eine neue erbaut, was uns so bemerkenswert ist, als diese Ruinen in Warschau nicht nur den Blick zu überschreiten haben, sondern auch lange Strecken über Land bis an den Fluß herangeführt werden müssen.

Ein besonders guten Eindruck erhielten wir von dem Neubau des Gewerkschaftshauses in Warschau, das dem polnischen Eisenbahner-Verband gehört. Es ist ein prächtiger, künstlerisch hochwertiger Neubau, in dem neben einer Halle von Büros, ein sehr schönes Restaurant und ein ganz besonders schöner, in der Form eines stattlichen Theaters gebauter Vortragssaal sich befinden, der besonders durch seine schönen Holzarbeiten unsere Bewunderung erregte.

Ferner werden mit aller Kraft die unter russischer Herrschaft ganz verkommenen polnischen Baudenkmäler wieder hergestellt. Gegenwärtig werden z. B. alle Häuser am Alten Marktplatz mit Hilfe der Gemeinde und des Staates restauriert und hant bemalt, so daß dieser Platz einer der schönsten Plätze Europas zu werden verspricht. Dasselbe gilt übrigens auch von Krakau, wo die alte Burg der polnischen Könige, der Wawel, in den letzten Jahren wieder hergestellt wurde. Er ist heute eins der herrlichsten Kunst- und Baudenkmäler, die es in Europa gibt.

Besonders interessant war die Besprechung der schlesischen Journalisten mit dem Direktor der Krakauer Handelskammer. Selbst wenn man voraussetzt, daß dieser Herr in seinen Schilderungen etwas zu optimistisch war, ging aus seinen Darlegungen doch hervor, mit welcher Konsequenz und Energie gerade in der Wojewodschaft Krakau die Industrialisierung Polens vorwärts getrieben wird. Sogar eine eigene Lokomotivindustrie hat Polen in den letzten Jahren aufzubauen angefangen. Dieser Eindruck wurde auch bestärkt durch das, was wir auf der Lemberger Ostmesse zu sehen bekamen. Die Ostmesse ist räumlich recht umfangreich und enthält in einer Reihe kleinerer und größerer Pavillons und Hallen eine Fülle von Produkten der polnischen Industrie. Der niedrigsten Klasse war auch eine Ausstellung polnischer Zuchtviehs angegliedert, besonders von Pferden, Rindern und Schweinen, aber auch von Hühnern, Gänsen und Enten aller Art. Ist doch Polen eins der Länder, die eine große Viehzucht haben. Diese Viehzucht war nicht nur im Hinblick auf das berühmte polnische Schwein interessant, sondern auch deshalb, weil gerade durch sie das in den letzten Jahren in Polen heimlich heimlich illustriert wird. Denn in keinem Lande Europas war wohl der gesamte Pferde- und übrige Viehbestand durch den Krieg so völlig vernichtet worden, wie gerade in großen Teilen Polens. Um so bemerkenswerter ist es, daß Polen jetzt schon wieder einen so kräftigen und großen Viehbestand herangezogen hat, daß es sogar an das Ausland Vieh nicht nur zu Ernährungszwecken, sondern auch zu Zuchtzwecken abgeben kann.

Sehr bemerkenswert war auch, daß auf der Lemberger Ostmesse in großem Umfang deutsche Produkte ausgestellt waren, darunter vor allem auch viele deutsche landwirtschaftliche Maschinen. Freilich wurde sie zumeist nicht unter dem Namen der deutschen Erzeugerfirma ausgestellt, weil das durch den gegenwärtig noch bestehenden Zollkrieg verhindert wurde. Sie gingen gewöhnlich unter dem Namen der polnischen Handelsvertreter der verschiedenen deutschen Industriefirmen. Nimmt man hinzu, daß in den Städten der polnischen Städte, besonders in Krakau, aber auch in Lemberg und Warschau, eine Fülle deutscher Waren zu finden war, so zeigt das wiederum, wie wenig letzten Endes der Zollkrieg lebensnotwendige Wirtschaftsbeziehungen verhindern kann. Er kann sie lediglich erschweren und die Waren für den Konsumenten verteuern. Es wurde uns denn auch von dem Vertreter der Krakauer Handelskammer, ebenso wie von dem Direktor der Ostmesse in Lemberg bestätigt, daß eine Fülle deutscher Waren auf Unwegen, besonders über die Türkei, Rumänien und Desterreich, ständig nach Polen hereinkommt.

Daher kann man wohl sagen, daß die polnische Wirtschaft im allgemeinen weniger im Hinblick auf den Augenblick, sondern mehr im Hinblick auf die Zukunft zu betrachten ist. Die Stimmung der Wirtschaft ist, daß man dort heute zu größerem Entgegenkommen an Deutschland bereit ist, als noch vor einigen Monaten. Dieser Eindruck bestätigt auch aus den Ausführungen der genannten Wirtschaftsvertreter, mit denen wir uns unterhielten. Bemerkenswert ist dabei besonders, daß einige dieser Wirtschaft

vertreter der Meinung waren, daß die Frage der polnischen Schweineausfuhr nach Deutschland in Zukunft kein großes Hindernis für den Abschluß des Handelsvertrages mehr bilden würde. Während bei uns in Deutschland langsam die Ansicht wächst, daß die Einfuhr polnischer Schweine tatsächlich lange nicht so gefährlich ist, wie gewisse Interessentkreise behaupten, da die Menge der Einfuhr im Verhältnis zur gesamten deutschen Schweineproduktion und dem deutschen Schweineverbrauch viel zu gering ist, als daß sie wesentlich auf die Preisbildung in Deutschland einwirken könnte, ist in Polen die Lage in der letzten Zeit infolgedessen günstiger geworden, als man dort in den letzten Monaten sich immer stärker in der Weise umzustellen beginnt, daß man an die Stelle der Einfuhr von lebenden Schweinen die Einfuhr von Schweinefleisch setzen will. Zu diesem Zweck wurde bereits in Polen eine Reihe von großen Fleischfabriken gegründet und ist für die nächste Zeit die Gründung weiterer solcher Schweinefleischfabriken vorgesehen. Diese Umstellung hat zur Folge, daß

1. die polnischen Landwirte ihre Schweine doch los werden, nur nicht direkt an das Ausland, sondern zunächst an den inländischen Fleischfabrikan, und
2. daß die Einfuhr des Schweinefleisches so geregelt werden kann, daß die wirklich etwa noch vorhandene Konkurrenzwirkung für das deutsche Schwein dadurch vollständig beseitigt werden kann.

Man kann nämlich bei der Einfuhr von bereits verarbeiteten Fleisch den Zeitpunkt der Einfuhr im Laufe des Jahres so regulieren, daß das Angebot polnisches Fleisch nicht dem Höchstangebot deutscher Schweine auf dem deutschen Markt zusammenfällt, und man kann verarbeitetes Fleisch viel leichter an die Stellen dirigieren, die bisher in der Beschaffung von Schweinefleisch benachteiligt waren, und von den Stellen wegdirigieren, an denen sich das deutsche Schweineangebot zu konzentrieren pflegt. Anstatt daß die polnische Schweineausfuhr nach Deutschland sich in die üblichen Provinzen Deutschlands ergießt, die selbst die größten Schweineproduzenten in Deutschland sind, kann das Schweinefleisch unmittelbar z. B. in das Industriegebiet im Rheinland und Westfalen gebracht werden, deren Fleischverarbeitung immer noch zu wünschen übrig läßt und das sowieso nicht in dem Maße Abnehmer der ostdeutschen Schweine sind, wie Ostdeutschland selbst. Infolgedessen kann man wohl erwarten, daß Polen bei den jetzigen Handelsvertragsverhandlungen keine Forderung nach einem Schweineausfuhrkontingent nach Deutschland noch weiter herabziehen wird.

Diese Umstellung in der Form der Fleischausfuhr aus Polen (verarbeitetes Fleisch anstatt lebender Schweine) würde übrigens auch das weitere Problem, das bei den Handelsvertragsverhandlungen bisher so große Schwierigkeiten bereitet hat, lösen helfen, nämlich das Problem der Verhinderung der Verschleppung von Viehseuchen von Polen nach Deutschland. Denn wenn verarbeitetes Fleisch anstatt lebender Viehs eingeführt wird, wird die Gefahr der Verschleppung von Seuchen automatisch wesentlich geringer.

Im Hinblick auf diese Feststellungen erscheinen die neuerlichen Beschlüsse des Bundesvorstandes des Reichslandbundes in seiner letzten Sitzung einigermassen lächerlich und sie müssen deshalb als ein neuer Versuch, die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen zu sabotieren, gemeldet und aufs schärfste zurückgewiesen werden. Inbaldige Belagen sie nichts Neues. Sie wiederholen nur die alten längst wiederlegten Behauptungen über die Gefahr der polnischen Getreide- und Schweineausfuhr für die deutsche Landwirtschaft, die wir schon so oft bekämpft haben.

Auch in bezug auf den polnischen Kohlenexport meinte insbesondere der Krakauer polnische Wirtschaftsvertreter, daß die Schwierigkeiten, die noch dem Abschluß des Handelsvertrages entgegenstünden, in letzter Zeit geringer geworden seien. Einmal hat nämlich in Polen die Syndikatsbildung erhebliche Fortschritte gemacht, so daß die Abkommen zwischen den polnischen und deutschen Kohlsyndikaten über die Verteilung der Schiefergebiete und über die Preise in Zukunft nicht mehr so schwierig sein werden, wie sie bisher waren, sondern aber glaubte der Vertreter voraussetzen zu können, daß durch die fortschreitende Industrialisierung Polens der innerepolitische Kohlenbedarf so steigen würde, daß das Interesse der polnischen Kohlenindustrie an der Ausfuhr von Jahr zu Jahr sehr zurückgehen werde.

Die dem Handelsvertragsabschluß günstige Stimmung bei den polnischen Wirtschaftsvertretern, mit denen wir uns unterhielten, wurde auch nicht durch die Tatsache beeinträchtigt, daß durch Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland einige der neugegründeten polnischen Industrien zweifellos in Gefahr geraten werden, durch die deutsche Konkurrenz auf dem polnischen Markt wieder erdrückt zu werden. Das war sogar der Fall, obwohl die polnischen Wirtschaftskreise diese Gefahr sehr wohl kennen. Man braucht eben doch in Polen in so starkem Maße die deutschen Fertigfabrikate zu tragbaren Preisen, daß diese kleinen Opfer von Polen heute offenbar in Kauf genommen werden. Andererseits freilich haben sich wohl auch einzelne der neuen Industrien schon so weit entwickelt, daß sie die deutsche Konkurrenz nicht mehr allzu sehr zu fürchten brauchen.

Endlich sei noch eine Beobachtung erwähnt, die im Hinblick auf die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland nicht ohne Interesse ist. Bei der Silberberaubung der Industrie neugründungen aller Art, die die Polen bereits durchgeführt haben oder für die nächste Zeit planen, durch die polnischen Wirtschaftsvertreter wurde immer wieder erwähnt, die und die Gefahr soll mit amerikanischem, die und die mit französischem und endlich die und die mit holländischem Kapital gegründet werden. Auch wurde immer wieder betont, daß wichtige Industriezweige in starkem Maße in den Besitz ausländischen Kapitals übergehen. Das gilt auch für große Teile der polnisch-oberschlesischen Eisenindustrie. Aber immer fand man das selbstverständlich und, ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo ununterbrochen über die Ueberfremdungsfahrer gejammert wird, wurde darüber gar nicht geäußert. Eher wurde darüber gelacht, daß vor allem der amerikanische Kapitalmarkt sich dem polnischen Kapitalbedürfnis bereits wieder zu stark verschließen. Die Polen wissen ganz genau, daß sie ihre Industrie nur aufbauen können mit Hilfe fremden Kapitals. Sie wissen aber auch, daß fast alle Industrien der Welt zunächst mit fremdem Kapital aufgebaut sind, und daß es nicht verhindert werden kann, daß diese Industrien später doch in inländischen Besitz übergehen. Damit haben die Polen vollkommen recht. Die Gefahr vor dem Zutrom fremden Kapitals nach Deutschland und der Ueberfremdung deutscher Industrien usw. ist, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, unbegründet. Ist nicht die amerikanische Industrie, die heute die führende Industrie der Welt ist, in den Jahrzehnten vor dem Kriege auch mit europäischem Kapital erbaut worden und trotzdem heute amerikanischer Besitz? Genauso ist das Rückgangszustand durch die Kriegsgewinne der amerikanischen Industrie sehr gefördert worden, und die Amerikanisierung der amerikanischen Industrie ist deshalb schneller vor sich gegangen, als es ohne dies wiederholt geschehen wäre, aber sie wäre auch durchgeführt worden. Wer so doch schon in den Jahren vor dem Kriege in vollem Gange war bis zu 40 Jahren gab es in Deutschland noch eine Fülle von Gaswerken, die im Besitz englischen Kapitals waren, weil sie vor 60 bis 80 Jahren nur mit Hilfe englischen Kapitals gegründet worden konnten. Gerade die letzten zehn bis zwanzig Jahre vor dem Kriege aber waren die Betriebe in der deutschen Gasindustrie wieder in deutschen Besitz. Die alten Betriebe der Eisenindustrie in und Deutschland waren inzwischen so kapitalistisch geworden, daß es diese Werke selbst übernehmen konnte. Man sieht also, daß auch in anderen Zeiten diese nachträgliche Ueberfremdung innerer Industrien im Laufe der natürlichen Entwicklung rückgängig gemacht werden kann. Es gibt dafür auch bereits Anzeichen aus der Zeit vor dem Kriege.

Denn es steht fest, daß von dem Teil des Grundbesitzes in Berlin, der während der Inflation in ausländischen Besitz überging, heute bereits ein übergroßer Teil wieder in deutschen Besitz übergegangen ist. Ebenso haben zahlreiche Industriewerke ihre an Ausländer gegebenen Aktienpakete längst zurückgekauft.

Die Aufnahme der schlesischen Pressevertreter in Polen war sehr freundlich. In allen Kreisen, mit denen die Vertreter in Berührung kamen, bemühte man sich, den Besuchern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Auch war die Stimmung in den Kreisen, mit denen die Besucher in Berührung kamen, durchaus deutschfreundlich und für eine Verbesserung der Beziehungen zum westlichen Nachbarn. Es konnte in eingehenden Besprechungen mit polnischen Politikern manches politische Mißverständnis geklärt werden und es ist deshalb zu hoffen, daß dieser Besuch selbst auch dazu beigetragen hat, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Für uns aber war die Reise außerdem in wirtschaftlicher Beziehung außerordentlich lehrreich. Wer aufmerksam alles mitmachte, konnte interessante Beobachtungen anstellen und Erfahrungen sammeln.

Breitscheid zur Zollfrage

Eine bemerkenswerte Rede im Völkerbundesauschuß

Genf, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Juristische Kommission des Völkerbundes beschloß am Donnerstag der Vollversammlung die Einberufung der Konferenz für die Kodifizierung des internationalen Rechts für das Jahr 1929 nach dem Haag vorzuschlagen. Ein Delegierter wünschte, daß die Regierung aufgeführt werden, auch Frauen zu der Konferenz zu delegieren, da die Frage der Staatsangehörigkeit auf der Tagesordnung stehe.

Die Politische Kommission nahm den Bericht über die intellektuelle Zusammenarbeit an. Der deutsche Vertreter wies bei dieser Gelegenheit auf die Beschränkung der Filmproduktionen und Filmverleiher auf eine Unterordnung der vorkommerischen Filme hin und bat, den Völkerbund aufzufordern, diese Beschränkungen zu unterstützen. — In der Technischen Kommission zeigte sich bei der Behandlung der Berichte über die wirtschaftliche Arbeit des vergangenen Jahres wiederum ein Gegensatz zwischen Freihändlern und Schutzkollern, indem die Vertreter Irlands und Rumaniens verlangten, daß bei den Handelsbesprechungen Rücksicht auf die Länder genommen werde, die einer gewissen Schutzkoll zur Entwicklung ihrer Industrie aufrechterhalten müßten.

In der Technischen Kommission nahm u. a. der deutsche Delegierte Breitscheid in längeren Ausführungen zu der Wirtschaftsarbeit des Völkerbundes grundsätzliche Stellung. Er führte u. a. aus: „Ohne den Wert und die Tragweite der Ergebnisse des Wirtschaftskomitees und seiner Unterkommissionen vorliefern zu wollen, fällt es mir trotzdem schwer, mich mit allen hier gehörten Ausführungen einverstanden zu erklären. Ein Redner hat die Arbeit des Wirtschaftskomitees auf allen Gebieten der Zollherabsetzung als ein „gefährliches Unternehmen“ bezeichnet und ein anderer als eine „übermäßige Intervention“. Ich bin im Gegensatz dazu der Meinung, daß das Wirtschaftskomitee seine Kompetenz nicht überschritten hat. Die Zeit vor der Schaffung des Wirtschaftskomitees war geprägt von Erhöhungen der Zölle. Die Staaten isolierten sich mittels Einschränkungen und Verböten für Ausfuhr und Einfuhr. Die Internationale Wirtschaftskonferenz hat dagegen das Prinzip der Rückkehr zur Freiheit des internationalen Handels als Vorbedingung für das Gelingen der Welt aufgestellt. Durch Handelsverträge ist ein Teil dieses Ziels erreicht worden. Deutschland hat Handelsverträge mit sechzehn Ländern abgeschlossen, die alle Herabhebungen der Zölle mit sich brachten. Es sei nur an den wichtigsten von ihnen, an den deutsch-französischen Handelsvertrag, erinnert. Auf dem Wege von Kollektivverträgen ist bisher nur eine einzige Zollherabsetzung, die des Ausfuhrzolls für Knochen, erreicht worden. Desto größer ist die symbolische Bedeutung dieser Konvention, wenn sie beweist, die Möglichkeit und Möglichkeit solcher allgemeiner Zollherabsetzungen. Es gilt, auf diesem Wege fortzuführen und die Unterfertigung des Wirtschaftskomitees über die Möglichkeit kollektiver Zollherabsetzungen für gewisse Warengruppen, wie z. B. Aluminium, die Eisenbahnfabrikate und Holz, fortzuführen. Deutschland hebt sein Einfuhrverbot auf Aluminium mit dem Jahre 1930 auf, während die hauptsächlichsten Konkurrenten in diesem Artikel sehr hohe Aluminiumzölle erheben. Ich hoffe, daß der Völkerbund in der Aluminiumfrage eine annehmbare Lösung, die die Interessen aller beteiligten Länder schützt, findet. Es gilt, die zahlreichen Zollbarrieren zu beseitigen, es gilt, auch viele andere Fragen nach internationaler wirtschaftlicher Interesse zu behandeln. Ich behaupte darum, daß der Budgetentwurf des Völkerbundes nicht die nötigen Mittel für Enqueten über die Situation der Kohle, des Zuckers und anderer Waren enthält. Ich schließe mich dem polnischen Vorschlag an, eine Unterkommission zu ernennen, die mit der Budgetkommission über die Fortführung der begonnenen Arbeiten verhandeln kann.“

Breitscheid sprach dann noch kurz über die beabsichtigte Zollherabsetzungen Deutschlands und die Frage der Freizügigkeit. Er schloß mit der Mahnung: „Ohne die Zustimmung der Regierungen sind die wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes nutzlos. Es gilt, aufs neue sich an die Staaten um ihre Zustimmung zu wenden. Die Welt erkennt immer mehr und mehr, daß wir wirtschaftlichen Problemen von entscheidender Wichtigkeit gegenüberstehen. Sie erwarten von uns positive Resultate. Es handelt sich um eine wichtige und entscheidende Angelegenheit, es handelt sich um die Organisation des wirtschaftlichen Friedens der Welt.“

Dem polnisch-deutschen Vorschlag gemäß wurde eine Unterkommission, der Breitscheid angehört, ernannt. Sie soll mit der Budgetkommission über größere Mittel für die Fortführung der Wirtschaftsarbeit verhandeln.

Gegen die Ueberproduktion an Kohle

Frankfurter Vorschlag auf Einberufung einer internationalen Kohlenkonferenz

Genf, 12. September. In der zweiten Kommission für Wirtschaftspragen machte der französische Arbeitsminister Loucheur den Vorschlag, eine internationale Konferenz für die Regelung der Uebererzeugung an Kohle und Zucker einzuberufen. Dieser Vorschlag hat allgemein großes Interesse erregt. Zur Begründung des Vorschlages führte Loucheur aus, daß die Frage der Uebererzeugung an Kohle und Zucker eines der schwierigsten Kapitel der gegenwärtigen Wirtschaftspragen darstelle. Loucheur betonte, daß er in Uebereinstimmung mit dem italienischen Delegierten Belloni es für unbedingt notwendig erachte, daß der Völkerbund gewisse lebenswichtige Wirtschaftspragen erörtere. Allerdings müsse man darauf achten, daß die wirtschaftliche Tätigkeit des Völkerbundes nicht über Gebühr ausgedehnt werde. Sie laufe nicht Gefahr, eher größer als vordem empfunden zu werden. Frankreich lege großen Wert auf das Zusammenwirken einer internationalen Konferenz für die Prüfung der Frage von Kohle und Zucker. Sowohl die Zucker- als Kohleerzeugenden als auch verbrauchenden Länder seien an einer derartigen Konferenz außerordentlich interessiert. Wenn der Völkerbund keine Schritte für eine derartige Konferenz tue, bestünde die Gefahr, daß die erzeugenden Staaten zusammenzutreten und den verbrauchenden Staaten ihre Güter diktieren würden. Das schneide uns noch recht zweifelhaft zu sein. Im Stadium der Ueberproduktion ist gewöhnlich die Lage der Produzenten nicht so, daß sie den Konsumenten etwas diktieren können. Um zu Kohle erzeugt wird weiter darauf hin, daß Frankreich zu gleicher Zeit Erzeuger und Verbraucher von Kohle ist. Frankreich hoffe, daß man durch die Konferenz zu einer internationalen Verständigung kommen werde.

Alpen-Restaurant Zillerthal

Gartenstraße 65

Nach vollständiger Renovation
Sonnabend, den 15. September, abends 6 Uhr:

7451

Wiederoeffnung

Original Oberlander-Kapelle Ludwig Schumann
Baumer & Sohn, Bawische Komiker



Die gute Küche
Spezial-Auswahl Tucher-Bräu
Muenberg

Es laden freundlichst ein
Rudi Winkler und Frau
An feierliche Eröffnung der Tiroler Schoppentweinprobe

Stadt-Theater

(Opernhaus).
Freitag
19.30 bis gegen 23:
1. Abm. Wort Serie II
„Carmen“
Sonnabend 20 u. 22.45
Die tolligen Weiber
von Wandler. 740
Sonntag 19 bis 23:
„Lohengrin“

Schauspielhaus

Operntheater - Tel. 563 00
Bektes Gastspiel
Margit Suchy
Freitag 20 Uhr:
„Evelyne“
Sonnabend 20 Uhr:
3 am 1. Male!

Brinzelin

„Si-Si-Ba“
Wacht von Robert Stolz
Sonntag gegen 18.15 Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Sonntag und täglich 20 Uhr:
„Brinzelin“
„Si-Si-Ba“

Lobe-Theater

Geisinger S. Tel. 567 47
Täglich 20 Uhr:
Der große Scheiterhaufen!
„Horuspolis“
von Carl Holz.

Thalia-Theater

(Tel.: 567 57) 7411
Täglich 20 Uhr
u. Sonntag 15.30 Uhr
Der große Scheiterhaufen
Alem wie eine
Kirchenruine
u. Leislens Gast.

Weltbühne

Im Konzern der Schauburg A.-G.

Erstaufführung! Der beste Kriminal-Sensations-
Film der neuen Saison.

Die Posträuber von Nevada!

Ein Film, der alle **Kriminal-Defektiv-Abenteuer.** Filmes in sich vereinigt.

Außerdem: 7441

Strafgeheimlich | **3 Sister Snyders**
Ein toller Schwank in 6 Akten mit **Edde Caslor.** | Auf der Bühne: in ihren entzückenden Orig.-Tänzen.

Wochentags 6, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Sonntags 3 $\frac{1}{2}$, 6, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Reppner dirigiert!

KOSMOS PALAST

Frankfurter Str. 117 6 u. 1:30 Uhr

Première

Polnische Wirtschaft

Das große Lustspiel nach der Operette von Gilbert
Auf der Bühne:
Kirchberg, von Eick u. Ada Cornelli
singen Duette aus „Polnische Wirtschaft“
Außerdem: 7453
Schickmühl unter Neuschneidern
Eine Stunde Lachszenen
Sonntag 3 Uhr: **Jugendvorstellung**

Buchdruckerei Volkswacht
Friedrichstraße 45

LIEBICH-

Tägl. 20 Uhr: THEATER Das große
Varieté-Eröffnungs-Programm
Probe ab 50 Pf. 1924
Sonntag, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Das große ungeklärte Programm
in kleinen Proben von 50 Pf. an.
Tel. 3645

Zentral

THEATER-RESEND-STR. 50-52

Am Sonntag, den 21. September:
Lehrer Albert!
Der größte Gauner
des Jahres
Sensationen und Liebe. 7 Akte.
Als 2. Schloß:
In den 100 Tagen
Ein geschichtliches Drama aus
dem Lande der Pyrenäen.
5 Akte.
Frauen en gros
2 Akte.
Sonnabend, Sonntag
3 Uhr:
Dr. Richter vor Gericht

Warburg-Lichtspiele

Gründerstraße 51a

Haben Sie schon das renommierte Theater bewundert?
— Gleichzeitige des inhaltliche Programm! —
Nur bis Montag?
Der Katzensteg
Nach dem Roman von Südermann. 3 Akte
Ist: **Maat Gibson** in
Der Schreck in D. Texas
7 Akte
Wanda Wagner?
Große Orchester Keine erhöhten Preise
Sonnabend 3 Uhr: **Der Schreck in D. Texas**
und Erstaute.
Zentral-Ballsäle
Wendelstraße 20/21
Sonnabend, Sonntag, Montag
Kesselt. Bei Capotelli! Anfang!
Jeden Freitag und Sonntag. 7:30
Vornehmer Tanz



DIE FEINEN PFLANZENÖLE —
Ein bedeutender Faktor unserer Wirtschaft ist die Gewinnung der feinen Öle aus den bekannten tropischen Früchten. Die Rama-Werke decken ihren Bedarf ausschließlich aus eigenen Ölmühlen, den modernsten Großbetrieben dieser Art. Die dort mittels gewaltiger hydraulischer Pressen gewonnenen Öle werden durch wiederholtes Filtern von den letzten kleinen Pflanzenteilchen befreit und mehrfacher Läuterung unterworfen, bis das in jedem Haushalt geschätzte feine Tafelöl in kristallklarer Reinheit sich darbietet. Ihm verdankt die Margarine VERA den reichen Nährwert und den hohen Grad der Bekömmlichkeit

M A R G A R I N E

VERA

Dienst am Haushalt

1 lb 85 Pf

Bürger-Garten Oswitz.

Sonntag, den 16. September 1928:

Großes Erntefest

3 $\frac{1}{2}$ Uhr: Umzug, Einholen des Erntekranzes mit Original-Bayerischer Stimmungskapelle.
Im Garten: 7455
Frekonzert u. Onkel Drolly Kinderfest
Es ladet ergebenst ein Der Wirt Otto Klotz.

Kurgarten Kleinburg

Heute
sowie jeden Montag und Mittwoch:
Kurgartenball
Eintritt: Damen 25 Pf., Herren 50 Pf.
Stimmungsvolle Kapelle. 7450

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute

empfehlen:

Schwarze Lederhosen 3 Draht. . . 15 u. 12 Mk.
mit Leib 16 u. 13 Mk.
Schwarze Tuch-Lederhosen 6.50 Mk.
auch mit Schnitt
Maurer-Hosen in Leder von 7 Mk. an

Große Auswahl in
Maurer-Köper-Blusen, Jacken und Hosen.

Eugen Hamburger

Teichstraße 31, Ecke Springerstraße. 7452

AIA

Henkel's Scheuermittel

putzt alles!

Gewerbetreibende

führt Bücher!

Ihr erprobte Geld und Mühe!
Erhalten. Buchrechner über-
nimmt hunderte Einrich-
tung u. Führung d. Bücher
aller Art an sehr mäßigen
Preisen. 7456
Max Nachsohn,
Auguststraße 38.

Sgrani

130 Kreut, in Kugelum und
mühsam poliert, m. Spiegel
u. Wächte, zu verk. Herweg
Fraße 18, Hof rechts, 2 St.
Reizweise elegante 7458
**Fräulein u. Rod-
Anzüge**
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, 1. Tel. 57083
früher Albrechtstraße.

Für Klischees

und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Abdruck des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
Verlag
der
Volkswacht

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 14. September 1928.

SPD.-Beamte!

Dienstag, den 18. September, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3 (neben dem großen Saal):

Zusammenkunft der Beamten aller Behörden. Vortrag des Genossen Landesrat Tilsch über

„Moderne Sozialpolitik“.

Parteilosen! Diese Versammlung ist die erste in diesem Winterhalbjahr. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen.

100jähriges Jubiläum einer Breslauer Volksschule

Wem wäre nicht schon die aus dem 15. Jahrhundert stammende lebensgroße Heilandsfigur an dem Haupte Nikolaistraße 63 aufgefallen? Sie ist das Wahrzeichen eines alten Breslauer Schulhauses, in dem die ev. Volksschule 16 unterrichtet worden ist, die am 1. Oktober ds. Js. das Fest ihres 100jährigen Bestehens feiert. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Schule in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens dürfte für den Leser von Interesse sein.

Bis zum Erlaß der Städteordnung am 19. November 1808 für die Bildung der ärmeren Volksklassen seitens der Stadt Breslau so gut wie nichts. Der Kirche, dem Wohltätigkeitsrat einzelner Bürger und der Gewinnsucht von Unternehmern, die Privatschulen leiteten, blieb die Bildung der ärmeren Volksklassen überlassen. 1810 gab es in Breslau 12 Parochialschulen, das sind niedere Kirchenschulen, 12 deutsche konfessionslose Schulen, 4 Armen-, 1 Militär- und etwa 10 Privatschulen. Erst durch die Städteordnung wurde die kommunale Selbstverwaltung geschaffen, die Vorbedingung für den Neuaufbau des Bildungswesens in den Städten Preußens war. Die führenden Männer mußten aber auch von der Idee einer besseren Volkserziehung erfüllt werden, wie sie der Schmelzer Pestalozzi aufgestellt hatte, der besonders die ärmeren Volksschichten aus dem Sumpfe der Unbildung emporheben wollte und die „allgemeine Emporhebung der inneren Kräfte der Menschennatur“ als allgemeinen Zweck der Erziehung des Menschen bezeichnete.

1812 wurde die Breslauer Schuldeputation organisiert, die infolge der Kirchenereignisse 1813 und 1815 nichts ausrichten konnte. Erst am 1. Oktober 1815 legte die Stadt 1000 Taler zur Verbesserung des Elementarschulwesens aus, und am 1. Januar 1817 wurden die ersten vier städtischen ev. Elementarschulen errichtet.

Neben diesen Schulen gab es noch besondere Armenschulen, die seit 1810 von der Armenverwaltung eingerichtet wurden. In diese gingen die Schüler, die nicht die erforderliche Kleidung und die nötigen Vermittel besaßen und deren Eltern kein Schulgeld zahlen konnten.

Als Armenschule Nr. 6 ist die städtische ev. Volksschule 16 am 1. Oktober 1928 gegründet worden. Später wurden die Armenschulen Freischulen genannt. Unterkunft fand die Schule am heute noch stehenden Fachwerkhause Weißgerbergasse 31, im Einstiege der Öhle in die Oder gegenüber dem alten Schlachthofe.

Das Jahr 1848 mit seinen liberalen Ideen warf auf dem Schulgebiete sein Licht voraus und bewirkte schon 1847 eine Umgestaltung des Armenschulwesens. Um — nach den Worten des Magistrats — nicht zwischen vermögenden und unvermögenden Eltern selbst beim Unterricht eine Scheidewand zu ziehen, wurden 187 sämtliche Freischulen in Elementarschulen umgewandelt; sie wurden anstelle der Armenverwaltung wie die anderen Schulen der Schuldeputation unterstellt. Die Bezeichnung Volksschulen führen die Breslauer Elementarschulen erst seit 1900.

Wegen den naßen, niedrigen und dunklen Schulräumen und des Gestanks, den besonders im Sommer die wasserleere Ohle verbreitete, wurde endlich vom Magistrat den vielfachen Klagen der Eltern und Lehrer der Kinder stattgegeben und die Schule am 6. Oktober 1899 aus Weißgerbergasse 31 nach Nikolaistr. 63 verlegt, wo bis dahin das Kinderhospital vom heiligen Grab untergebracht war. In diesen Räumen hat auch heute noch die Schule ihre Unterkunft.

Am 25. September dieses Jahres, 19.30 Uhr, feiert die Schule in der Aula des Magdalenen-Gymnasiums das Fest ihres 100jährigen Bestehens durch einen Festakt und am 27. September 19.30 Uhr, durch einen bunten Abend, zu dem alle ehemaligen und die jetzt die Schule besuchenden Schüler und ihre Eltern von dem Lehrerkollegium herzlich eingeladen werden. Es ist angeregt worden, einen Jubiläumsfonds zur Unterstützung armer Schüler zu sammeln. Einzahlungen werden auf das Postkontokonto Breslau 512 45 von Rektor Konrad Märzins begeben.

Verhörter Lustmord an einer Prostituierten

Mit knapper Mühe konnte am gestrigen Abend ein neuer Lustmord an einer Prostituierten in der Krullstraße verhütet werden.

Lange Zeit hatte sich die Phantase des noch nicht 19 Jahre alten, in der Bohrauer Straße wohnhaften Handlungsgehilfen Franz Krieger mit dem damaligen Lustmord an der Krischen beschäftigt. Er konnte den Gedanken, auf diese brutale Weise in die Ewigkeit der Liebe einzuziehen, nicht los werden. Nach vierzig Tagen hatte er sich mit noch vier Partnern im Schein der Part bei einer Flasche Schnaps solche Phantasien gegeistert.

Gestern Abend beschloß er, selber zu einer solchen Tat zu greifen. Nachdem er durch mehrere Prostituiertengädchen unserer inneren Stadt gewandert, gefiel ihm die auf der Krullstraße wohnhafte 26 Jahre alte Prostituierte M. W. Er ging mit ihr, wurde aber, da er besondere Ansprüche stellte, nicht so recht handelseinig. Erst nach längerem Hin und Her entschloß sich das Mädchen die Tat nach längerem Hin und Her während des Beischlafes auszuführen. Er brachte eine Armeedolche aus einer Scheide zu ziehen. Dieses Gebahren erregte das Befremden des Mädchens. Sie sprang auf, konnte sich in den Besitz des Dolches bringen, noch am selben Abend am Hilfe rufen und brach dann zusammen. Ihre Hilferufe wurden gehört und ein bald hinzueilender Polizeibeamter brachte den Täter festnehmend.

Wie bewußt beschloß er und vorbereitet die Tat war, geht daraus hervor, daß K. sich nicht nur mit dem Dolch, sondern auch mit einer Drahtfuge bewaffnet hatte. Er konnte auch darauf sein Verbrechen schuldig zu machen und gab freiwillig seine Verbrechen an. Er studierte am inneren Prätorienhof, wo er die Brücke und die Gesichtsstücke an dem Mädchen wollte. Das Mädchen trug nur durch den Kampf geringere Verletzungen davon.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung

Der Platz, den Emil Neulirch beim Magistrat einnahm, ist verwaist. Mancher Blick richtete sich hinüber, dorthin wo er gesessen, und mit Bedauern wurde er vermisst. Der Vorsteher Genosse Bandmann widmete dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf, worin er die ungewöhnlichen Eigenschaften Emil Neulirchs, seinen Fleiß und seine Tatkraft schilderte, die er dem Wohle der Stadt gewidmet hat, zugleich gedachte er des verstorbenen Stadtrats Brendgen und des verstorbenen früheren Stadtrats Giesel. Hierauf erfolgte die Einführung von fünf nachgerückten Stadtverordneten, unserer Genossen Klose, Kierstein und Tilsch, des Deutschnationalen Urbach und Kommunisten Reim.

Die Tagesordnung hat zunächst nur wenig Bemerkenswertes. Herr Krebs von der Volkspartei machte einen völlig untauglichen Versuch zur Mittelstandsrettung. Der Magistrat will 60 Schneehandwagen in den Werkstätten der Marstallverwaltung anfertigen lassen, so daß nur die Materialkosten zu bewilligen wären. Herr Krebs aber wollte, daß die Wagen irgendwo bestellt werden. Also sollen die städtischen Arbeiter lieber müßig gehen, wenn sie gerade einmal nicht voll zu tun haben, und die Steuerzahler sollen die Schneewagen teuer bezahlen. Nehalich betätigte sich Herr Krebs gegenüber der Friedhofsverwaltung, die Bestellungen auf Kränze zum Totensonntag und zu Allerheiligen nicht ausführen soll. Die Versammlung ließ sich auf so groteske Ansichten allerdings nicht ein.

Da wußte Genosse Mache doch besser, was sich zur Rettung des Handwerks schiat. Er verlangte bei Vergabe von fünfzig Motorwagen und fünfzig Anhänger für die Straßenbahn an die Vink-Hofmann-Werke, daß alle Arbeiten, die die Firma hier nicht selbst ausführen kann, von ihr in Breslau vergeben werden.

Wie die Besitzbürger nur an sich denken, zeigten, zwei Vorlagen über Enteignung. Die Ringbauden Nr. 3/4 und 5 müssen im Enteignungsverfahren erworben werden, weil sie höchstens 25 000 bis 30 000 Mark wert sind, die Besitzerin aber 70 000 Mark haben will. Ebenso muß das Enteignungsverfahren eingeleitet werden, um beim Bau der Werberbrücke die Verbindung mit der Rosenhaller Straße herzustellen. Von der Stadt fordern die Besitzbürger stets die unerschämtesten und durch nichts begründeten Preise, von denen man allerdings manchmal nachsieht, wenn das Enteignungsverfahren beschloffen wird.

Eine Verbesserung für die Erwerbslosen erreichte unsere Partei durch einen von Genossen Tilsch vertretenen Dringlichkeitsantrag, wonach die aus der Arbeitslosenunterstützung oder Krisenfürsorge ausgekehrten Erwerbslosen durch das Wohlfahrtsamt die Sätze der Krisenfürsorge erhalten sollen. Die Auszahlung soll auch nicht durch die Kreisstellen und Wohlfahrtskommissionen, sondern dort erfolgen, wo die bisherige Unterstützung gezahlt wurde. Viel Ärger wird den Ausgekehrten dadurch erspart werden.

Zuletzt machten die Kommunisten noch ein Hindenburg-Theater auf. Nach dem die sozialdemokratischen Funktionäre am 29. August beschlossen haben, daß unsere Genossen besondere Mittel für den Empfang nicht bewilligen sollten, da die Kommunisten nach, was sie nun tun sollten. Also kamen sie auf den Gedanken, in der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen, nichts zu bewilligen. Dabei hat der Magistrat auf den sozialdemokratischen Beschluß hin die Bewilligung von Mitteln gar nicht beantragt. Es findet von seiten der Stadt gar kein Empfang mit Bewirtung, sondern nur eine Begleitung statt. Als Herr Adelt das Wort zur Begründung seines Antrages nahm, verließen die Deutschnationalen fluchtartig das Lokal. Genosse Mache wies dann unter riesiger Heiterkeit darauf hin, daß die Deutschnationalen immer fliehen, wenn sie das Reichsoberhaupt verteidigen sollen. So haben sie es 1918 mit dem Kaiser gemacht, und so jetzt mit Hindenburg. Im übrigen beantragte er, den ganz überflüssigen Demonstrationsantrag abzulehnen. Der Hofentzucker Bogatz wies darauf hin, wie die Kommunisten in Rußland König Aman Uba mit allem Pomp und mit militärischen Paraden empfangen, und ihn mit roten Orden beglückt haben. Darauf erklärte der neueingezogene Reim, seine russischen Freunde handelten nach dem marxistischen (!) Grundlag: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Zum Schutze der russischen Arbeiter vor den westeuropäischen Imperialisten verbündeten sie sich auch mit einem König. Genosse Mache wies den Herrn darauf hin, daß man Hindenburg zu seiner Wahl und zu seinem 80. Geburtstag aus Moskau auf das herzlichste gratuliert hat. Wenn Hindenburg nach Moskau käme, würde man ihn noch prächtiger empfangen, als den König Aman Uba. An den Festlichkeiten bei der Berliner russischen Botschaft enthielt Genosse Mache die ganze Erbärmlichkeit der kommunistischen Demagogie. Entschieden wies er zurück, daß nach marxistischen Grundrissen der Zweck die Mittel heiligt. Das sagt man von den Jesuiten. Bei uns müssen auch die Mittel reinbleiben. Dr. Wolf vom Zentrum sagte darauf noch, es sei auch nicht Grundlag der Jesuiten, daß der Zweck die Mittel heilige. Nachdem die Kommunisten für ihren Antrag den Finger gehoben hatten, war das Theater aus.

Die Sitzung wird kurz nach 17 Uhr durch Stadtverordnetenvorsteher, Genossen Bandmann, mit einem

Nachruf für den Genossen Neulirch, der sich in über zwanzig Jahren große Verdienste um das Breslauer Gemeinwesen erworben hat, eröffnet. Zunächst als Stadtverordneter und später als Stadtrat arbeitete Neulirch für das Wohl der Stadt, leistete besonders auf sozialem Gebiete wertvolle Arbeit. Unermüdet war seine Arbeitskraft; hatte er den Mut, unerfüllbaren Forderungen entgegenzutreten, so aber auch die Kraft und Energie, sich für berechtigte Forderungen einzusetzen. Für ihn gilt das Wort, das einst Engels über Karl Marx sagte, daß er wohl manchen Gegner, aber keinen Feind hatte. Die Versammlung gedachte ferner noch des Ablebens des unbesoldeten Stadtrats Brendgen und des Stadtschulzen Giesel, deren Arbeit die Stadt ebenfalls zu würdigen verdient. Oberbürgermeister Wagner nimmt anschließend die Einführung der neuen nachgerückten Stadtverordneten vor, der die

Eröffnung einer Reihe kleinerer Vorlagen folgt. Die Gemeinde Reichshaus bekommt ein neues Spritzenhaus gebaut. In der Krankenabteilung des

städtischen Bürgerblocks wird eine geprüfte Krankenpflegerin als dritte Pflegerin eingestellt. Von einer Änderung der Zeichnung „Bürger- und Kinderbad“ wird Abstand genommen. Der Neuananschaffung von drei Motorpferden für die Marstallverwaltung und 60 neuen Schreihandwagen wird zugestimmt, nicht ohne, daß sich auch hierbei Stadtverordneter Stein (Dnat.) in seiner bekannten Weise bemerkbar machte und sich wieder einmal, diesmal durch unsere Stadtverordneten Meise (Soz.) und Mimich (Soz.) eines besseren belehren lassen mußte. Das Vorland vor den Grundstücken Kistenstraße 82/84 und der Gräbichener Straße 224/226 wird erworben.

Ein Antrag, die Pfllegegeldsätze für die in Stadt- und Anstaltspflege untergebrachten Kinder um 10 Prozent zu erhöhen, wird den Ausschüssen II und IV überwiesen. Der Staatlichen Baugewerkschule in Breslau wird aus Anlaß des 50jährigen Bestehens ein Geschenk von 5000 Mark zur Bildung eines Stipendienfonds überreicht. Wegen der noch stehenden Ringbauden 3/4 und 5 wird das

Enteignungsverfahren eingeleitet

worden, da die mit der Besitzerin der Ringbauden gepflogenen Verkaufsverhandlungen an den zu hohen Preisforderungen gescheitert sind. Ein Antrag, dem Häcker des Wertwerks Johannissberg eine Entschädigung von 1500 Mark für den infolge des Abbruchs der alten Weißhirsbrücke erlittenen Schaden, zu zahlen, wird abgelehnt. Dagegen wird für Ueberlassung von 2853 Quadratmeter Straßenland in der ehemaligen Gemarkung Dittahin an die Grundeigentumsverwaltung eine Entschädigung gezahlt.

Das Betriebsgebäude auf dem städtischen Friedhof Gräbichen wird zur Vergrößerung einer Dienstwohnung und zur Schaffung notwendiger Betriebsräume erweitert, die Lichtarbeiten im Hauptwerkzeugwerk zum Teil erneuert werden. Der Ausführung außerordentlicher dringender Instandsetzungsarbeiten an den Marstallhallen gibt die Versammlung die Zustimmung.

Zu einer lebhaften Debatte kommt es erst bei der Beratung eines Magistratsantrages über

Änderung der Strecken- und Doppelseitenkarten bei der Straßenbahn

Anstelle der bisher von der Städtischen Straßenbahn ausgegebenen Strecken- und Doppelseitenkarten sollen Monatskarten zum Preise der Streckenkarten ausgestellt werden, die ihren Inhaber zur Zurücklegung eines bestimmten, auf einem Plane in der Karte vermerkten Weges berechtigen. Stadtv. Kremser (Soz.) berichtet und empfiehlt Auszubehaltung dieser Vorlage, da für den Interessen des Verkehrs nicht dienlich ist. Auch Stadtv. Wolff (Dem.) findet sie verkehrsförderlich, während Stadtbaurat Zimmer den Standpunkt des Magistrats vertritt. Der Antrag wird zur genaueren Prüfung dem Ausschuss VIII überwiesen.

Stadtv. Mache (Soz.) spricht nun zu der finanziell größten Vorlage, über die

Beschaffung von Straßenbahnwagen

Wie wir bereits gestern berichteten, sollen 50 Motor- und 50 Anhängewagen bei Vink-Hofmann in Arbeit gegeben werden, um die durch mangelnde Reichsbahn- und Auslandsaufträge vorgetriebenen Entlassungen von Arbeitern auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Stadtbaurat Zimmer macht hierauf längere Ausführungen. Stadtv. Seppelt (Ztr.) sah die Bestellung der Wagen schon vor, ehe die Fraktionen befragt wurden; muß sich aber von Oberbürgermeister eines besseren belehren lassen. Nachdem nach Stadtv. Enzel (Komm.) gewünscht, daß diese Arbeit in eigener Zentralfabrik gefertigt werden wäre, Stadtv. Stein (Dnat.) sie am liebsten

dem kleinen Handwerker zugesandt

hätte und die Rechte sich besonders für die Bremsvorrichtungen interessiert zeigte, wird nach einem Schlusswort des Stadtv. Mache (Soz.) — der sich noch ausführlich mit den einzelnen Rednern auseinandersetzte — der Antrag angenommen.

Für einen in den Ruhestand tretenden Holtenmeister des Viehhofes wird ein Hausauftrag, dem Gemeindevorsteher in Beisehrzeit eine Entschädigung für einen durch Sturz einer Eiche beschädigten Schuppen bewilligt.

Die

Unterstützungssätze des Wohlfahrtsamtes

stehen gleich in zwei Anträgen zur Beratung. Die Kommunisten fordern durch ihren Sprecher Stadtv. Zylla (Komm.) eine zehnprozentige Erhöhung der Unterstützungsätze rückwirkend ab 1. Juli, während für unsere Partei Stadtv. Tilsch (Soz.) auf einen weit größeren Notstand hinweist und beantragt, den aus der Arbeitslosenunterstützung oder Krisenfürsorge ausgekehrten Erwerbslosen durch das Wohlfahrtsamt Unterstützungen nach den Sätzen der Krisenfürsorge zu gewähren. Die Verzählung und Bearbeitung dieser Unterstützungen erfolgt nicht durch die Kreisstellen und die Wohlfahrtskommissionen, sondern wie bis zum 1. April dieses Jahres durch das Büro I. A. W. in derselben Weise wie Krisenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden.

Damit fordert er Wiederherstellung eines Zustandes, wie er vor dem 1. April bestanden hat. Es ist ein unerhörter Zustand, wenn Erwerbslose bei steigender Not geringere Unterstützungen erhalten. Mit den wenigen Mark, die bisher an Unterstützung gezahlt wird, kann der Arbeiter seine Arbeitskraft nicht erhalten. Er muß innerlich wie äußerlich verumpfen. Stadtrat Tilschner kann sich

diesen zwingenden Tatsachen nicht verschließen und muß sich grundsätzlich zu der von uns vorgeschlagenen Neugestaltung bekennen.

Stadtv. Zylla (Komm.) glaubt hierbei der SPD. ihre angeleglichen Sünden vorhalten und alle Schuld der Arbeitslosenversicherung geben zu müssen. Das Zentrum gibt durch ihren Sprecher Stadtv. Rabus ihr Interesse an den Ausführungen dieses linken Redners kund, während Stadtv. Tilsch (Soz.) in sachlicher, aber scharfer Weise dem kommunistischen Redner entgegen, dem es weniger auf die wirkliche Hilfe der Erwerbslosen, als auf agitatorische Auswertung ankommt. Der Arbeitslose weiß es jedenfalls zu schätzen, daß er nun einen Rechtsanspruch auf Unterstützung hat und kein Almosenempfänger ist, daß die Frage der Bedürftigkeit keine Rolle mehr spielt. Der Redner wendet sich weiterhin

gegen die eventuelle Einführung der dreitägigen Notstandsarbeit. Er habe die Befürchtung, daß diese Arbeit nicht als solche geschätzt, sondern als gewisser Zwang angesehen wird, unter denen man Unterstützung empfängt. Stadtv. oizam (Mietler) begrüßt ebenfalls unsern Antrag und empfiehlt, die Mehrausgaben aus einer gesteigerten Wertzuwachssteuer zu decken. Während der kommunistische Antrag der Ablehnung verfallt, wird der Antrag unserer Fraktion angenommen.

Über den

Empfang des Reichspräsidenten

gibt es zum Schluß noch eine lebhafte Debatte. Stadtv. Adelt (Komm.) begründet einen Antrag der kommunistischen Partei, daß für den geplanten Empfang von Hindenburg keine Verlei öffentliche Mittel der Stadt zu verwenden

Wieder eine kommunistische Lüge

Eine Ortsgruppe der SPD, die ausgetreten sein soll, läßt einen Beschluß gegen die KPD.

Es gibt keinen Schwindel, der von der kommunistischen Presse nicht verbreitet würde. Dieser Tage meldete sie — um nur eine ihrer vielen lässigen Lügen herauszugreifen — daß sich die Ortsgruppe der SPD. Querenburg im Unterbezirk Bochum wegen der Panzerkreuzeraffäre aufgelöst habe. Diese Behauptung ist frei erfunden. Die Ortsgruppe Querenburg hat sich inzwischen mit dem über sie verbreiteten Schwindel befaßt und dazu eine Entschliebung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Verlammlung hat Kenntnis genommen von den gegenmündlichen der kommunistischen Presse über den Austritt der Ortsgruppe Querenburg aus der SPD. und erklärt, daß von einer derartigen Bewegung im Orte Querenburg nichts bekannt ist. Die Mitglieder und Funktionäre der Ortsgruppe Querenburg sind im Gegenteil der Meinung, daß sie in Zukunft mit noch größerer Energie ihre Arbeit innerhalb der SPD. für den Aufstieg der Arbeiterklasse durchführen werden.“

Das ist die einzig richtige Antwort auf den kommunistischen Schwindel: Statt Auflösung größere Geschlossenheit und gesteigerte Kampflust.

Eine Ohrfeige für einen parteiischen Richter

Eine Erklärung des Offizialverteidigers im Falle Jalubowski

Schwern, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Offizialverteidiger des hingerichteten russischen Kriegsgefangenen Jalubowski, Rechtsanwalt Koch-Schönherch, veröffentlicht neuerdings eine Erklärung, in der es heißt:

„Ich weiß bestimmt, daß der wegen Nordes an Ewald Rogens verurteilte und hingerichtete Jalubowski völlig — ich unterstreiche das Wort „völlig“ — unschuldig an diesem Morde ist und daß ihm weder Mitwisserchaft noch Mittäterschaft zur Last gelegt werden kann. Ich klage Fritz Rogens an, am 9. November 1924 abends gegen 5 1/2 Uhr den Ewald Rogens vorfälschlich und mit Lieberlegung getötet zu haben.“

Der Offizialverteidiger stützt diese Erklärung auf eine ganze Reihe von Verdachtsmomenten.

Diese Erklärung ist eine schallende Ohrfeige gegen die Justizbeamten, die neulich vorzeitig verkündeten, die Mitschuld Jalubowskis sei jetzt erwiesen. Inzwischen ist so viel neues Material bekannt geworden, daß diese Neuprozessierung noch unglaublicher erscheint als danach schon. Eine Reihe von Sachverständigen hat denn auch diese Auslassung einer äußerst scharfen Kritik unterzogen. Wir haben mit unserer sofortigen scharfen Kritik dieser amtlichen Auslassung, mit der wir zuerst ziemlich allein standen, nachträglich sehr viel Zustimmung besonders auch von juristischverständiger Seite gefunden.

Ein Zentrumsmann im Kampf mit der Wahrheit

Ein sonderbarer Herr, dieser Zentrumsgesandter Dr. Höhr aus Baden, im Hauptberuf Kaplan, d. h. Hüter der Sittlichkeit und Moral, kommt es ihm doch auf eine Verdröhung mehr oder weniger nicht an. Kürzlich hatte er einen aufsehenerregenden Artikel über den Bau des Panzerkreuzers A geschrieben. Seine Kraktion verpflichtete ihn in Magdeburg zu einer öffentlichen Erklärung gegen diesen Artikel.

Als wir das nach erfolgtem Widerruf feststellten, ließ Herr Dr. Höhr im „Badischen Beobachter“ erwidern: Einen so törichten Beschluß habe die Zentrumsfaktion niemals gefaßt.

Richtig! Die Zentrumsfaktion hat niemals einen derartigen Beschluß gefaßt, und wir haben etwas derartiges niemals behauptet. Wir wiederholen deshalb: Die Zentrumsfaktion des Reichstages hat den Artikel des Herrn Dr. Höhr sogar einmütig mißbilligt und ihn moralisch verpflichtet, den Inhalt seines eigenen Produktes zu widerrufen. Die Folge war jene Erklärung des Abgeordneten Höhr auf der Bezirkskonferenz des Zentrums in Siedingen.

Wir fragen den Kaplan und Reichstagsabgeordneten Höhr: Stimmt das oder stimmt das nicht? Ja oder nein?

Der Zank in der Deutschnationalen Partei

Neue monarchistische Kundgebung eines Landesverbandes

Der Streit um Lambach — einige Tage durch den Beschluß des Parteigerichtes etwas in den Hintergrund gedrückt — findet in der deutschnationalen Öffentlichkeit nach und nach wieder härteren Wiederhall. Dem Antrag der Deutschnationalen Hannover auf seinen Ausschluß folgte dieser Tage eine gleiche Forderung der konservativen Gruppe. Jetzt meldet sich auch der Landesvorstand der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg. Er richtet seinen Beschluß zwar nicht persönlich gegen Lambach, aber gegen das, was Lambach bekämpft und fordert nicht mehr und nicht weniger, als daß die Partei „wieder die politische Linie aufnimmt, die von ihr Mitte 1924 verfolgt worden ist“. Es gelte, auf monarchistische Grundlage neu aufzubauen.

Statt vorwärts, ein Zurück in die Zeit des Futurismus, in die Zeit der verbrecherischen Mordtaten. Eine Partei, die von einer derartigen Ideologie erfaßt ist, muß auf die Dauer zugrunde gehen!

Scharfe Kritik am Völkerbund

Aus der Personalpolitik des Rates

Genf, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Budgetkommission des Völkerbundes griffen am Donnerstag bei der Beratung der Personalausgaben die Vertreter Norwegens und Hollands die Personalpolitik des Völkerbundes sehr scharf an. Der Norweger betonte, daß zu Anfang Universitätsleute oder Leute aus dem praktischen Leben zu Völkerbundsbeamten ernannt worden seien. Heute ernenne man fast nur Diplomaten, die an das Interesse ihres eigenen Landes, aber nicht an die internationale Humanität denken. Die höheren Posten seien bestimmten Staaten vorbehalten, der 1920 vorgeschriebene Wechsel in der Besetzung der Posten sei nicht erfolgt. Im norwegischen Parlament hätten zahlreiche Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kredite für den Völkerbund gestimmt, weil sich immer mehr zeige, daß die fundamentalen Prinzipien des Völkerbundes nicht eingehalten würden.

Der Holländer erklärte, daß die sechs ständigen Ratsmitglieder gleichzeitig nicht nur die sechs höchsten Beamtenposten des Sekretariats innehielten, sondern auch die Büros dieser sechs höchsten Beamten, in denen fast ausnahmslos deren Landsleute tätig seien. Damit hätten die Großmächte ein dreifaches Monopol im Völkerbund. Die Büros der höheren Beamten bildeten schon mehr Gesandtschaften der Großmächte in Genf als Völkerbundsbüros. Das alles gebe dem Völkerbund eine aristokratische Struktur, die zu einer Gefahr für seine Entwicklung werden könne.

Den heißen Kritikern trat ein Franzose entgegen, der erregt spezielle Vorwürfe des Holländers gegen französische Völkerbundsbeamte bestritt. Er erklärte, die Kritik an der Personalpolitik sei übertrieben. Nach ablehnender zeigte sich der Italiener gegen diese Kritik, während der Vertreter der Tschechoslowakei versuchte, beiden Lagern gerecht zu werden. Die Debatte über diesen Punkt geht am Freitag weiter.

Nur neu aufgebügelt

Sofia, 13. September. (Eig. Bericht.) Nachdem Diarlschiff am Mittwoch vormittag erneut der Auftrag zur Kabinetsbildung erhalten hat, hatte er bereits nach wenigen Stunden dem König eine Kabinetsliste vorgelegt, die im wesentlichen die alte Zusammenziehung des Kabinetts aufrechterhält. An Stelle des bisherigen Finanzministers steht Barow und an Stelle des bisherigen Kriegsministers Wallaw. Eisenbahnminister wird Raschko Medjato von der Gruppe Diarlschiff. Der König hat das Kabinett bestätigt.

Arbeiter-Sport

Handballturnier für Sonntag, 16. September:

- (Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Vereine, Platz, Schiedsrichter.)
- 14.00: 6. Abt. 1. Jgd. — 5. Abt. 1. Jgd.; Tischnisch; Kentschian-Gubr.
- 15.10: 6. Abt. 2. Männer — 5. Abt. 2. Männer; Tischnisch; Gebr. Frisch.
- 16.20: 6. Abt. 1. Männer — 5. Abt. 1. Männer; Tischnisch; Gebr. Frisch.
- 14.00: Moschern 1. Jgd. — 2. Abt. 1. Jgd., L.S.L.; Klose II-Kausch.
- 15.10: Moschern 2. Männer — 2. Abt. 2. Männer; L.S.L.; Reichel-Kaluska.
- 16.20: Moschern 1. Männer — 2. Abt. 1. Männer; L.S.L.; Reichel-Kaluska.
- 14.00: Bratislawia 1. Männer — 1925 2. Männer; Lauterbach-Platz; Lichod-Moware.
- 16.00: Bratislawia 2. Sportlerinnen — 2. Abt. 1. Sportlerinnen; Lauterbach-Platz; Lichod-Moware.
- 13.00: B.L. 1. Sportlerinnen — Bries 1. Sportlerinnen; Gubli-Platz; Heider, P.-Hausmann.

Arbeiter-Radsfahrer-Verein Breslau

Ausfahrten für Sonntag, den 16. September:

- 1. Abteilung: nach Al.-Maffelwitz 13 Uhr Klosterstraße bei Tisch
 - 2. " " " " " " " " " " " " " " " "
 - 3. " " " " " " " " " " " " " " " "
 - 4. " " " " " " " " " " " " " " " "
 - 5. " " " " " " " " " " " " " " " "
 - 6. " " " " " " " " " " " " " " " "
 - 7. " " " " " " " " " " " " " " " "
 - 8. " " " " " " " " " " " " " " " "
 - 9. " " " " " " " " " " " " " " " "
- Motorfahrer: Smortawe 12 Uhr an der Lutherkirche.

S.R. Pfeisdon e. V. Sonntag, 16. September, nachmittags 3 Uhr, treffen sich alle Mitglieder zum Schwimmen im Poseidonbad.

Arbeiter-Samariterbund, Jugendabteilung, Sonntag, den 16. September, früh 6 Uhr, an der Kolonialer Brücke zur Schinkelstraße.

Freie Turnerschaft Breslau, 6. Abteilung, Freitag abend nach dem Turnen: Funktörverlammlung bei Zoublich, Königgräber Straße.

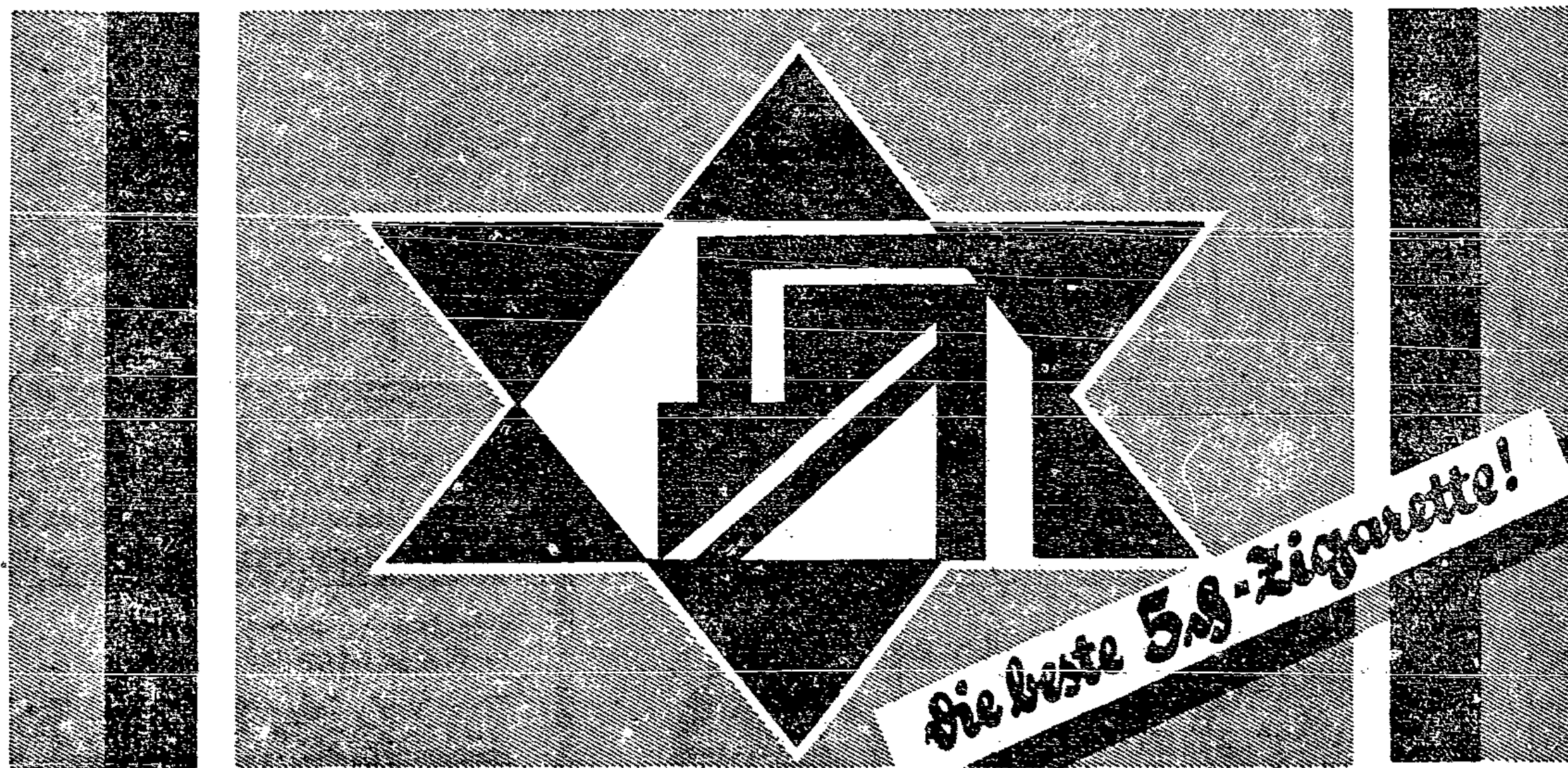
Jubiläums-Beisitz bei Sport-Vereinigung Nordst. 22, e. V. Sonntag, den 16. September, in der Leistung-Turnhalle, 8.15 Uhr: Abwiegung. Kammerrichter um 8 Uhr.

Freie Turnerschaft Breslau-Deutsch-Lissa. Der Verein bezieht sich Sonntag, den 16. September, geschlossen an Stiftungsfeier in Marienpark. Treffpunkt 12 Uhr an der Kirchstraße. Abmarsch pünktlich 12.30 Uhr. Unsere 1. Handballmannschaft spielt in Marienpark gegen die 1. Mannschaft der 8. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau.

Sportvereinigung Nordst. 22, e. V. Sonnabend, 15. September: Matrastransport nach der Leistung-Turnhalle. Sportgenossen vom Obblauer Tor um 17 Uhr Brodauer Turnhalle. Die Genossen vom Dertor 18 Uhr Waterloo-Turnhalle. — Sitzung. Heute Freitag, 19. Uhr, alles zur Generalsprobe in der Andrieh-Turnhalle.

Handballspieler des Turnvereins Freiheit, Klein-Gandau, Sonntag, den 16. September, vormittags 9 Uhr, bei Gubli außerordentliche Verlammlung.

BULGARIA



Die beste 5.9-Zigarette!

KRONEN

Am 1. September, Montag, den 17. September, im Saal von Schulgasse 23. Genosse Schaar hält einen Vortragsabend über „Frauenliebe und -leben in Südamerika“.

Junggelehrten
 Die Genossinnen und Genossen des Orlauer und Strechener Zores, die an der Ausgestaltung des Frauenabends der Abteilung (früherer) Frauenzweigung teilgenommen, werden ersucht, morgen abends Punkt 8 Uhr in der Monbijou-Gartenstraße 17 zu erscheinen. Wir wünschen dazu 15 Genossinnen und Genossen. Es ist daher dringend ersucht, daß sich noch einige Genossen aus beiden Gruppen melden. Die Wiedereröffnung ist in der morgigen Probe zu haben.

Jugendliche Arbeitervereine
 Gruppe Köpenick-Bezirk. Unsere heute abends Punkt 8 Uhr stattfindende Arbeitsgemeinschaft lautet: „Unsere Politik seit dem 1. Mai“. Referent Genosse K. L. Schick. Jungarbeitervereine und Jungarbeiter des Bezirks, ersucht, zahlreich zu dieser Arbeitsgemeinschaft zu kommen.
 Gruppe Orlauer See (Vollzeitschule Breitenauer Straße). Heute abends findet Punkt 8 Uhr unsere Arbeitsgemeinschaft „Das Jugendproblem der Gegenwart“ statt. Die Genossinnen und Genossen des Orlauer Zores haben pünktlich zu erscheinen. Bitte um rechtzeitige Willkommensgrüße.
 Gruppe Scheinberg, Ost- und Westseite. Heute abends findet Genosse Sieglitz bei uns Thema: „Was zeitigte der Hamburger Streik?“ Referent Genosse Sieglitz. Genossinnen und Genossen, ersucht, zahlreich zu erscheinen. Bitte um Willkommensgrüße.
 Gruppe Scheinberg, Ost- und Westseite. Heute abends findet Genosse Sieglitz bei uns Thema: „Was zeitigte der Hamburger Streik?“ Referent Genosse Sieglitz. Genossinnen und Genossen, ersucht, zahlreich zu erscheinen. Bitte um Willkommensgrüße.

Sozialistische Jungmänner
 Abends 8 Uhr. Morgen Sonntagabend bei Frau, Reichendstraße 17. Referent Genosse Krampholtz. Beginn 8 Uhr. Alle Jungmänner des Bezirks sind eingeladen. Sonntag Dampfboot nach Steine. Treffpunkt 1/2 8 Uhr früh an der Mieschke.

Sozialistische Arbeitervereine
 Heim 1. Heute müssen alle Mitglieder, die sich zur Volkshöhe angemeldet haben, zu 11 Uhr erscheinen. Heute keine Tagung.
 Heim 2 (Steiner Straße). Die heutige Freitagabend Besprechung alle im Heim zu den 7 Uhr in der Weststraße. Jeder Mitglied bringt einen Brief mit, wie ein Gläubiger Papier zum Kopieren des Sprechers mit. Bitte herzlich willkommen.
 Heim 3. Heute pünktlich 8 Uhr in der Venedigschule. Genosse K. L. Schick spricht über August Bebel. Jugendgenossen, es ist unbedingt notwendig, daß ihr in nächster Zeit größeres Interesse zeigt als es bisher gewesen ist. - Freitagabend die Theaterbesuche beim Genossen Wende abhalten. 60 Pf.
 Heim 4. In unserer heutigen Mitgliederversammlung um 8 Uhr im Heim hat jedes Mitglied zu erscheinen. Wir besprechen unsere Winterarbeit.
 Heim 5. Heute pünktlich 8 Uhr wichtige Probe im Elisabeth-Gymnasium.
 Heim 6 (Vollzeitschule). Heute abends Punkt 8 Uhr im Heim. Wir diskutieren mit Genossen K. L. Schick über einige Tagespolitische Fragen. Noch fehlende Beiträge mitbringen.

Freiwilliges Jugendlied
 1903. Sonntag, den 16. September, gehen wir auf Fahrt nach Domatshine. Treffpunkt früh 6 Uhr Endstation Kottbuscherstr. Es sind 30 Pf. zur Rückfahrt mitzubringen.
 Jugendkammer. Sonntagabend, den 15. September, kommen wir pünktlich 10.30 Uhr im Heim zusammen. Wir haben „Einen Abend auf der Waise“. Der Vortrag wird durch Vorträge und Musik amüsiert. Die Musikanten bringen ihre Instrumente mit. Außerdem erfolgt Anmeldung zum Besonderen. Besondere Arbeitervereine. Morgen wichtige Jungmännerversammlung, 8 Uhr, im Heim. Thema: 1. Oktoberprogramm. Thema 2. Selbstkündigung. Außerdem zur Handhabung wichtige Nachrichten. Erscheinen in Pflicht. Mitglieder der Volkshöhe werden wollen, mehr als 100 in der Venedigschule.
 Scheinberg und Scheinberg. Kommen Sonntagabend 8 Uhr im Heim 10.30 Uhr.
 Scheinberg und Scheinberg. Kommen Sonntagabend 8 Uhr im Heim 10.30 Uhr.
 Scheinberg und Scheinberg. Kommen Sonntagabend 8 Uhr im Heim 10.30 Uhr.

geld 1.10 Mark. Treffen 7 Uhr vor dem Hauptportal des Hauptbahnhofs. Heim 2: Wanderfahrt nach Warschau-Bezirk. Treffpunkt 8.30 Uhr. Treffen um 7 Uhr an der Station Steine wie Heim 1. Wer noch mitfahren will und das Geld noch nicht bezahlt hat, bringe es heute mit ins Theatertheater oder frage es bis Sonntagabend, 17 Uhr, zu Kollegen Wagner, Tautschkestraße 100, bzw. Kollegen Kuhn, Polener Straße 23. Am nächsten Freitag fallen die Karten aus und ab 10.30 Uhr kommt die Volkshöhegruppe im Heim aufkommen.

Von den Arbeiterkinderfreunden
 Montag, heute! Heute Helferkraftung in der SWZ-Parade an den Teich. Adern, Gesundheits- und andere Berichte nicht vergessen. Sonntag treffen wir uns nachmittags 1 1/2 Uhr an der Endstation der Linie 2 zum Helferkraftung beim Volkshöhe in Kottbuscherstr. Spiel- und Musikgerät bringen wir mit.
 Gruppe 1. Rote Hälften. Wir gehen morgen auf Helferkraftung und treffen uns 3 1/2 Uhr am Westplatz. 30 Pf. sind mitzubringen.
 Gruppe 2 (Ostseite). Montag! Alle Sammler auf heute Freitag, 17 Uhr, im „Hilfsverein“. Wir haben noch einiges über unsere Fahrt zu besprechen. Alles ist da. Roter Spiel und Sport.
 Gruppe 3. Jungfrauen. Wer die Jobstfahrt mitmachen will, muß sich heute bis 6 Uhr bei Goppert, Gabelstraße 93, anmelden. Fahrgeld und Wäsche 1.90 Mark. - Sonntagabend sind alle Jobstfahrer um 2 Uhr an der Wäschehalle 2, Friedrichstraße. Warm anziehen. Decken, Wäsche, Handtücher mitbringen. Mühseligkeit! - Wie die Eltern! Weil dies die letzte größere Fahrt in diesem Jahre sein wird, bitten wir euch, sofern es möglich ist, euch nicht aus der Jungfrauengruppe an dieser Fahrt teilnehmen zu lassen. Übernachts in der Jugendherberge. Antritt Sonntag 1.30 Uhr Hauptbahnhof. Morgen Endstation.

Wasserstand
 14. September

Kattbör	0.78	Kamern (Unter-Vegel)	1.31
Neiße (Stadt) vom 14. 9.	0.70	Dubenruth	0.66
Neißenmündung (Unter-Vegel)	1.44	Abflussmenge (aufwärts) 33 abm	
Briega (Waldenran)	1.47	Röthenberg vom 13. 9.	0.11
Troschen	1.04	Wassermenge + 17.7°	

Familien-Anzeigen

Am 11. September, 13 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Gatte, Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager, Onkel und Großvater, der **Verzister Ernst Winkler** im Alter von 59 Jahren. Dies zeigt tiefbetrübt an **Die trauernde Gattin nebst Kindern.** Beerdigung Sonntag nachmittags 15 Uhr, von der Kapelle des Coseler Friedhofes. 888

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.
 Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am Dienstag, dem 11. September, abends 9 Uhr unser langjähriger Mitglied, der Kollege **Ferdinand Sauer.** Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Ortsgruppe Breslau.** Beerdigung: Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nicolas-Friedhofes, Cosel. Trauerhaus: Adlerstraße 6. 2713

Das neue 24 Partiewarenhaus
 Ludwigsstr. 22, wird ab Freitag, d. 7. September, **eröffnet!**
 Das können Sie nicht missen!
Arbeitskleidung
 für jeden Beruf
Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzüge
 für jede Gelegenheit
 zu allbilligsten Preisen kaufen!
Größte Auswahl!
 Größte Auswahl! Größte Auswahl! Größte Auswahl!

Verlobungsanzeigen
 sowie alle anderen Familienanzeigen
 bestellen Sie am besten bei der
Vollswacht-Buchdruckerei
 Breslau II, Florstraße 4-6

Zurückgekehrt
Dr. Kai Dr. Joachim
Pluktion!
 Dr. Kai Dr. Joachim
 Dr. Kai Dr. Joachim
 Dr. Kai Dr. Joachim

Stiele Anzeigen
 Das können Sie nicht missen!
 Das können Sie nicht missen!
 Das können Sie nicht missen!
 Das können Sie nicht missen!



Modere Popelinekleid 9.50
Federer Damenanzug 12.75
Flanell-Tafelkleid 15.50

Gute und billige Konfektion!

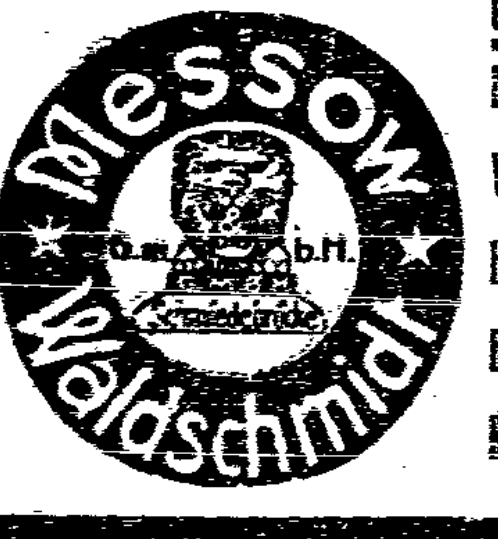
- Kasaks** aus guter Waschseide, mit kurzem und langem Arm, in reicher Farben- u. Mustervahl St. 2.95, 2.25 **1.45**
- Velour- u. Wollstoffkasaks** durchweg mit langem Arm, nur neue moderne Muster in saub. Verarb. St. 4.95, 3.50 **2.95**
- Backfischröcke** aus Caeviot u. Popeline, schwarz und marine, in glatt u. plissiert St. 7.50, 5.90 **4.90**
- Unterkleider** aus Kunstseidentrikot, in glatt u. gestreift, in wunderbaren Farben mit und ohne Spitzen-garnierung . . . Stück 5.93, 4.90 **2.75**
- Morgenröcke** gute, mollige Stoffe, mit u. ohne Garnierung, z. Teil reich besetzt, in vielen, schönen Farben. . . Stück 9.50, 6.50, 5.90 **3.95**
- Wollstoffkleider** einfarbig und kariert, viele mod. Ausfüh. . . Stück 2.50 **6.50**
- Reinw. Popelinekleider** in moderner, schöner Herbstfarb. z. Teil mit hübscher Stickerei . . . Stück 13.50 **9.50**
- Tanzkleider** a. Crépe de Chine, Entienne, Taffet (Kunstseide) in vielen schön. Macharten u. sehr hübsch. Ballarbeiten, z. T. u. Volant, Spitze od. Rüschen-garnierung, Stück 24.50, 19.50, 17.50 **12.50**
- Frauenkleider** aus reinwollenen Rips, Popeline und Rippe, zum Teil mit Crépe de Chinekragen u. Weste bis Gr. 52 St. 29.-, 24.50 **19.50**
- Modern. Popelinekleid** in schönen Herbstfarben, mit reicher Laccet-bandgarnierung. Stück **17.50**
- Dam.-u. Backfisch-Regenmänt.** aus modern karierten Kunstseidenstoffen, innen gummiert, in vielen schönen Dessins . . . Stück 22.50, 19.50 **13.50**
- Mod. Herbstmantel** engl. gemustert, schön. imitiert. Pelzkragen . . . Stück **19.50**
- Herbstmantel** Muster in modernem Mufflonkragen Stück **27.50**
- Damen-Windjacken** aus Covercoat u. anderen gut imprägn. Stoffen, glatt und kariert, mit und ohne Sattel, saubere, gute Verarbeitung Stück 12.50, 9.50 **6.75**



Fresche Jagdhüte Filz- oder Stoffhüte, in vielen Farben, Stück **2.95**
Weiber Filzhut in hellen und dunklen Farb. u. Rippe, handgem. od. St. **4.50**
Aufgehobener weibl. Filzhut mit ge. Preis. Kopf, schmale Rippenbänder. **5.50**
Handgearbeiteter weibl. Filzhut in ge. Form mit Filzrand. Stück **5.95**
Fresche Filzjacke mit zweifarb. Kipsband garn., in hell. u. dunkl. Farb. St. **6.50**
Zweifarb. Filzkappe in aparten Farben-zusammensetzungen. Stück **6.75**
Fresche Filzkappe handgearbeit. m. Filzblüte, äußerst kl. Form. **6.75**

Alle Mädch.-Konfektion
Kleidchen aus gut. Übergangsstoff, in viel. Mod., mit lang. Arm, hübsch gem. 1-1-1, 1-1-1 **1.25**
Kleidchen u. Bluse aus gut. waschbar. Stoff, 1/2 Arm u. Schürz, 1-1-1, 1-1-1 **2.70**
Kleidchen aus mod. Schottentoff, in schön. Dess. **2.25**
Kleidchen wie Abb., aus Popeline, Knab-krone, in Hüftrock u. mod. Halsbogen, 1-1-1, 1-1-1 **6.95**
Kleidchen mod. Flanellstoff, 1/2 schen. Halsbogen, 1-1-1, 1-1-1 **6.95**

Gute Herren- u. Knaben-Konfektion
Manchester-Kniehosen in guter Zwirnqualität, für 7-14 Jahre **3.90**
Wachsammel-Anknoptanzüge wie Abb., in guter Qual. u. saub. Verarb., 1-1-1, 1-1-1 **6.90**
Herrnhosen aus Halbkammern u. Zwirnstoff, in schön. solid. Streifen. **4.85**
Herrn-Windjacken aus gut. imprägn. Stoff, wie Covercoat, Zellbahn- u. Gabard. Qual., St. 14.50, 12.50 **7.50**
Herrn-Breeches nur gute Zwirn- und Noppenstoffe Paar **5.50**



Waldschmid
HUTSCHURZ
 Das können Sie nicht missen!
 Das können Sie nicht missen!
 Das können Sie nicht missen!
 Das können Sie nicht missen!

Brennholz (Schwarte und Säumlänge)
 gibt laufend bei Selbstabholung billig ab
Dampfjägewerk, Breslau 10, Verl. Niedergasse

Für Mütter und Erzieher
 das **billigste** pädagogische Handbuch:
Das Kind, seine Pflege und Erziehung
 gebunden **0.75**
 Aus dem Inhalt:
 Das Kind, seine Pflege und Erziehung
 Wie man Kinder erzieht
 Die Mutter als Lehrmeisterin ihres Kindes
 Sorgenkinder und ihre Behandlung
Vollswacht-Buchhandlungen Breslau
 Neue Graupenstraße 5, Neue Leichenstraße 11 und Flurstraße 4

Eine Insel des Frauenüberschusses

Auf 164 Frauen kommen nur 24 Männer — Alle Arbeit wird von den Frauen verrichtet — Die Männer werden sogar von ihnen gefüttert — Aber hütet euch vor einem Besuch

Eine der interessantesten Inseln, die es auf der Welt gibt, ist die kleine Fraueninsel, die zum Cook-Archipel gehört und in der Südpazifik gelegen ist. Die Anzahl ihrer Bewohner ist gering, es sind nur 24 Männer und — 164 Frauen vorhanden, die von außerordentlicher Schönheit sind. Schlank und groß und gut gebaut. Man rühmt ihre blendend weißen Zähne und das seidenschwarze Haar, das sie noch nicht kurz geschneitten tragen, sondern das ihnen bis zu den Füßen reicht. Ihre Hautfarbe ist ein helles Schokoladenbraun, ihr einziger Schönheitsfehler in unseren Augen ist, daß ihre Nasen ziemlich platt sind.

Die Insel mit dem großen Frauenüberschuß liegt sehr vereinzelt, denn nur etwa zweimal jährlich kommen Schiffe, um Waren auszutauschen. Die Schiffe halten sich aber meist in bedeutendem Abstand, denn die schönen männerlosen Frauen sind nicht ungefährlich. Es ist mehr als einmal vorgekommen, daß sie nach den Schiffen hinausgeschwommen und an Bord geklettert sind, um einfach gewaltsam die Männer mitzunehmen, die ihnen gefielen und die sie brauchten: der umgekehrte Raub der Sabinerinnen.

Da die Frauen auf dieser Insel so stark in der Überzahl sind, ist es selbstverständlich, daß dort die Verhältnisse üblich sind, aber auch diese Einrichtung vermag dem Uebel nicht abzuwehren; heftige Streitigkeiten zwischen den Frauen sind an der Tagesordnung. Die Männer sind überaus begehrte. Man kann diese Fraueninsel sozusagen als ein Paradies der Männer bezeichnen. Die Verteilung der Frauen auf die wenigen vorhandenen Männer besorgt der Häuptling der Insel persönlich. In jedem Jahre versammeln sich die jungen Mädchen, die die Reife erlangt haben und geben ihren Wunsch, einen Mann zu bekommen, zu erkennen. Dann werden sie den wenigen Männern, die in Frage

kommen, zugewiesen. Daß die älteren Frauen sich zurückgesetzt fühlen, wenn die Jüngere, Schöner ins Haus kommt, ist ganz natürlich, und nach Art der Wilden gehen sie dann nicht nur mit Worten, sondern auch mit Verten aufeinander los. Wenn eine Frau in diesem Kampfe unterliegt, muß sie von dem Wettbewerb um den Mann zurücktreten.

Die Männer auf dieser Fraueninsel führen ein wahrhaft idyllisches Dasein. Alle Arbeit verrichten die Frauen, die glücklich sind, ihrem Herrn und Gebieter auf jede nur mögliche Weise ihre Dienstbereitschaft zu beweisen. Sie lesen ihrem Gatten jeden Wunsch von den Augen ab, und die verschiedenen Frauen wetteifern miteinander, ihm etwas zuteile zu tun. Bei den Hochzeiten, die sie bereiten, füttern sie ihn sogar. Da die Männer ihre bevorzugte Stellung sehr wohl zu schätzen wissen, sind sie über die Geburt von Knaben keineswegs glücklich; denn wenn die Männer sich eines Tages vermehren sollten, wäre es ja mit dem Paradies aus und vorbei. Aus diesem Grunde sind die Männer auch sehr gegen Besuche fremder Männer auf der Insel; sie wollen durchaus nicht, daß die Frauen Vergleiche anstellen, die vielleicht zum Nachteil der verwöhnten, überfütterten Waischen der Insel ausfallen könnten. Als es kürzlich einem Waischenhändler gelang, auf die Insel zu kommen, äußerte der Häuptling der Insel: „Du bist der letzte Mann, der in mein Reich einbringt. Wer künftig noch einen Versuch macht, diese Insel zu betreten, den werde ich mit meinen eigenen Händen ergreifen. Ich werde einen schweren Stein um seinen Hals binden und ihn ins Meer werfen.“

Wo hütet euch vor der paradiesischen Fraueninsel, ihr Weltbummler aller Länder. Diese bezaubernd schönen Frauen sind nicht leicht zu haben; sie sind zwar in wenigen, aber festen Händen.

Domela macht Schule

Und wiederum in Thüringen

Ein Betrüger in Thüringen hatte sich eine Försteruniform gekauft und darin mit großem Erfolg den Kammerherrn eines Fürsten gespielt. Das Vertrauen und die Herzen flogen ihm zu und damit das Geld. Die Staatsanwaltschaft nannte das freilich Betrug, Darlehensschwindel und Heiratschwindel in 60 Fällen und nahm ihn fest.

Die Sache hat ein gewisses interessantes Sozialkolorit: Försteruniform, Kammerherr eines Fürsten und spielt in Thüringen. Die Uniformgläubigkeit im allgemeinen hat den braven Spielbürgern in ganz Deutschland noch tief im Blut — daß es in Thüringen aber gerade eine Försteruniform tut, hat seine besonderen Gründe. Hier ist die Gegend der Ländchen und Pöndchen, der Herrgötter und Kürstler von ehemals in Miniaturform der Kammerherren, Oberforstmeister, Hoflieferanten, kurz des ganzen Apparates, den Sereimimus um sich zu haben pflegte. Hier waren die Durchsichtigsten fast alle große Jäger vor dem Herrn, hier trug der Wald Wohnstätten und Ackerland, und das Wild, das auf dem Acker stand. Hier mußte der Mensch dem Wild Platz machen. Eine Försteruniform, das war hier Zeichen der Zugehörigkeit zum Hofe, Beweis durchsichtiger Günstföhreruniform und Kammerherr eines Fürsten — dieser Betrüger muß ein unbewußtes geniales Verständnis für die Seelenbraver thüringischer Spielbürger gehabt haben.

Er wird dafür zwei Jahre eingesperrt. Das ist ein bißchen viel. Schließlich sind die braven Leute nur um Geld betrogen, sonst haben sie gehäht, was sie wollten: das erhebende Gefühl vor einem durchsichtigen Diener in Försteruniform der Beachtung gewürdigt zu werden, den Kiesel der Bedientenhaftigkeit. Das Beste aber ist: das Gericht hat dem Betrüger keine geistige Minderwertigkeit mildern angerechnet. Geistige Minderwertigkeit plus Uniform ist also der bedientenhaften Einfalt der Spielbürger immer noch überlegen!

Ein weiterer Fall

Die Kiesenbetrügereien des Bremer Kaufmanns Guido Behrens haben sich inzwischen nicht nur als eine der größten und gefährlichsten Hochstapelereien, die die Kriminalgeschichte kennt, entpuppt, sie stellen gleichzeitig eine Neuauflage des Falles Harry Domela dar. Während Domela in der Rolle eines Hohenzollernprinzen seine Betrügereien verübte, sind auf den „Generaladjutanten des ehemaligen Kaisers“ Behrens in der Hauptsache die deutliche nationale Industrielle im Vogtland hereingefallen.

Behrens stammt aus Hamburg und ist Volksschüler; im Kriege war er Musketier. Erst im Jahre 1926 kam er nach Bremen, wo er einen Detailhandel mit Bettwäsche eröffnete. Er verlobte sich mit einer Kontoristin und richtete im Hause ihres Vaters, eines Bremer Angestellten, sein Kontor ein. Seine Schwindelgeschäfte begann er im Jahre 1928.

In einem eleganten Auto kam er eines Tages mit einem eigenen Chauffeur im Vogtland an, wo er bald Zutritt zu den ersten Kreisen erhielt. Behrens gab sich stets als Oberleutnant a. D. und ehemaligen Fliegeradjutanten des Kaisers aus; er trug das Eisener Kreuz I. Klasse und den Hohenzollernorden. Er rebete von seinen Kriegserlebnissen und weinte dabei oft vor Nüchtern. Die vogtländischen Industriellen erfaßten die Gelegenheit, mit einem so „nationalen Mann“ Geschäfte abzuschließen, mochten die geschäftlichen Methoden des ehemaligen „Generaladjutanten“ auch zu wünschen übrig lassen. Behrens wurde nach und nach im Vogtland eine berühmte Persönlichkeit; die von ihm ausgestellten Wechsel waren ganz allgemein unter dem Namen „Behrenswechsel“ bekannt. Der Schwindler verstand es, mißtrauische Auskunftsleute mit unrichtigem Material zu beruhigen und dadurch für seine Wechsel Reichsbankfähigkeit zu erlangen. Sein Auftreten im Vogtland war schließlich so erfolgreich, daß sich zahlreiche Fabrikanten danach drängten, Aufträge von ihm zu bekommen. Wie sollte man auch Verdacht schöpfen. Behrens erzählte seinen Lieferanten erkundete „unbekannte“ Anekdoten aus dem Leben Wilhelms II., die er als Fliegeradjutant miterlebt und gehört haben wollte. Außerdem führte er bei seinen geschäftlichen Verhandlungen stets seine angeblich engen Beziehungen zu bremischen Großschiffahrtskreisen ins Treffen. Als einmal der Hauptlieferant des Schwindlers nach Bremen kam, weil in ihm ein Verdacht aufgestiegen war, schleppte ihn Behrens dauernd auf Segel-Motorboot- und Autosfahrten mit, so daß der Mann nie zu einer Prüfung der Bücher kam.

Der Zusammenbruch erfolgte als die letzte Kritik für die Einlösung der bis auf fast 1/2 Millionen Mark angewachsenen Wechselverbindlichkeiten Ende Juli abgelaufen war und die Berliner Vertreter der vogtländischen Fabrikanten ihren Firmen mitteilten, daß der Berliner Markt mit auffallend billigen Wechselvorräten aus den eigenen Fabriken überschwemmt wurde. Der Betrüger hielt sich zunächst noch einige Tage verborgen und hatte sich dann den Behörden.

Der Hauptlieferant hat allein für 500 000 Mark Verluste zu beklagen; sein Unternehmen ist in Konkurs geraten, wodurch hunderte von Heimarbeitern brotlos geworden sind. Auch verschiedene Leinenfabriken des Erzegebirges sind durch die Betrügereien schwer geschädigt worden, da sie für die von ihnen den vogtländischen Fabriken gemachten Lieferungen „Behrenswchsel“ in Zahlung nahmen.

Der Mord im Eilzug

Auf des Täters Spur

Wie ein Abendblatt aus Hamburg meldet, sollen die Untersuchungen über den Mord im Hamburg-Bremer Eilzug mit Sicherheit ergeben haben, daß Direktor Nordmann im Kampf mit einer oder mehreren Personen noch lebend aus dem Abteil geworfen worden ist. In dem Abteil an der Trittbreite gellammert hat und erst dann von den brutalen Tätern heruntergestoßen und so durch das Aufschlagen auf die Schienenwellen getötet worden ist. Wahrscheinlich haben die Täter kurz vor der Station Rothenburg, als der Eilzug mit verlangsamtem Tempo in den Bahnhof einlief, den Zug verlassen. Inzwischen ist eine wichtige Befundung über den Mörder des Direktors Nordmann gemacht worden. Ein Passagier des Eilzuges hat sich gemeldet, der den Täter bestimmt gesehen haben will. Der Zeuge lag im Nachbarabteil, das ein Gang mit dem Abteil verbindet, in dem Direktor Nordmann weilte. Zwischen beiden Abteilen befindet sich die Toilette, die von beiden Seiten aus zu betreten ist. Gegenüber dem Hamburger Zeugen lag ein Fahrgast, der durch den Gang auf die Toilette ging, bald zurückkam, dann wieder das Abteil verließ und nicht wiederkehrte. Der Zeuge hat gesehen, daß der Mann auf der Station Rothenburg vom Nachbarabteil aus den Zug verlassen hat. Ohne Zweifel handelt es sich um den Täter. Der Zeuge gab eine genaue Beschreibung des Verdächtigen. Für die Aufdeckung des Verbrechens sind insgesamt 5000 Mark Belohnung ausgesetzt. Man hofft, an Hand der angegebenen Spuren des Verbrechens habhaft werden zu können.

Die am Donnerstag in Kottbusz erfolgte Sektion der Leiche des ermordeten Direktors Nordmann hat einwandfrei ergeben, daß Nordmann erschossen worden ist. Die Kugel wurde im Schädel Nordmanns gefunden.

Dynamit im Kinderwagen

Wie die Kriminalpolizei mitteilt, wurden im Verlaufe von Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands in Götting bei einem ehemaligen Funktionär der Partei größere Mengen Dynamit gefunden. In einem im Keller untergestellten Kinderwagen wurde eine Kiste Infanteriemunition, eine größere Anzahl Dynamitpatronen und verschiedene andere Sprengstoffe verpackt aufgefunden. Der ehemalige Funktionär wurde verhaftet. Die Hausdurchsuchungen dauern noch an. Im Zusammenhang damit sollen weitere Verhaftungen bevorstehen.

Die Unglücksstätte von Saiz

wo durch Zusammenstoß des Schnellzuges Prag-Budapest mit einem Güterzug 23 Personen ums Leben kamen und fast 100 verletzt wurden, bietet ein grauenvolles Bild der Zerstörung.



Der „Rote Pfeil“ entgleist

Nach einer Reutermeldung aus Newyork ist der „Rote Pfeil“, der bekannte Newyork-Detroiter Expresszug bei der Station River Rouge, einem Vorort von Detroit, entgleist. Krankenwagen sind sofort an die Unglücksstelle geeilt. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Neuer Schiffszusammenstoß auf der Unterelbe

Auf der Unterelbe bei Pagenand, wo erst vor einigen Tagen der Vergnügungsdampfer „Königin Louise“ von einem englischen Kohlendampfer gerammt wurde, hat sich ein neuer Schiffszusammenstoß ereignet. Der nach Ostafrika ausgehende 5 100 Tonnen-Dampfer der hamburgischen Räumers-Reederei „Claus Räumers“ stieß mit dem von Kanada kommenden italienischen Dampfer „Clara Camus“ zusammen. Der deutsche Dampfer mußte schwer beschädigt an Strand gesetzt werden; die Besatzung wurde gerettet. Das italienische Schiff wurde mit einem schweren Bugschaden in den Hamburger Hafen eingeschleppt.

Schweres Unglück im Walzwerk

Ein 800 Zentner schweres Schwungrad losgelöst

Im Peiner Walzwerk ereignete sich am Mittwoch ein schweres Unglück. Ein etwa 800 Zentner schweres Schwungrad einer Walzmaschine löste sich, durchschlug die Eisenbetondecke des Werkes und ging in Trümmer. Ein etwa 130 Zentner schweres Stück flog in den Schrotthof des Martin-Werkes, wo es fünf dort beschäftigte Arbeiter traf, die zum Teil schwer verletzt wurden. Der Arbeiter Jäger aus Ottoshof, dem der Leib aufgerissen wurde, verschied kurz nach dem Unglück. Zwei Arbeiter liegen hoffnungslos darnieder, während die beiden anderen Arbeiter mit leichten Kopf- und Armerletzungen davontamen. Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist noch nicht abgeschlossen.

Opfer des Militarismus

In der englischen Grafschaft Sussex wurde am Dienstag im Verlauf der Wintermanöver ein junges Mädchen von einem Tank überfahren und auf der Stelle getötet. Das Unglück erfolgte, als der Tank einem Lastwagen ausweichen wollte.

In den „Feind“ hineingeritten

Gefährlicher Militarismus. Bei Manöverübungen im Gelände von Vorken (Polen) erhielt eine Kavallerieabteilung den Befehl, ein Infanterie-Regiment anzugreifen. Die Kavallerie-Abteilung machte dabei nicht, wie vorgesehen, 100 Meter vor der Infanterie Halt, sondern galoppierte in den „Feind“ hinein. Dierzig Infanteristen wurden verwundet.

Die ersten Fahrten des „Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird nach einer Mitteilung der Zeppelinwerke in Friedrichshafen die erste Weltstafahrt im Laufe der kommenden Woche antreten. Die ersten Fahrten, die zum Teil mit Benzol, zum Teil mit einem neuen Treibgas vorgenommen werden, sollen sich zunächst über das Bodenseegebiet und unmittelbar darauf über ganz Deutschland erstrecken; dabei ist auch der Besuch der Internationalen Luftausstellung in Berlin (Sta) vorgesehen. Als Termin für die erste große Atlantikfahrt nach Lateinamerika ist der 20. Oktober vorgesehen. An diesem Tage soll unter allen Umständen gestartet werden, um dadurch die Brauchbarkeit des neuen Luftschiffes unabhängig von jeder Witterung zu beweisen. An dieser Fahrt werden nur wenige Passagiere teilnehmen, darunter Kommandeur Rosendal von den amerikanischen Luftstreitkräften. Das Luftschiff soll dann nach einem Aufenthalt von etwa 8 Tagen von Lateinamerika entweder nach Friedrichshafen oder nach Berlin zurückkehren.

Ein Berliner Wohnhotel

Nach dem Muster der amerikanischen Boardinghäuser wird demnächst in Berlin ein Wohnhotel mit dreihundert Wohnungen errichtet werden, von denen jede Bad, Telefon und Küche mit eingebauter Einrichtung besitzen wird. Für Reinigung und Bedienung wird den Mietern Personal zur Verfügung stehen. Außerdem werden zu ihrer Benützung eine große Halle, eine Schreibstube, ein Kasino mit Restaurant, ein Dachgarten, ein Park mit Sportplätzen und Badebassin, ein Tanzboden mit Terrasse, eine Autogarage vorhanden sein. Von der Straße und vom Park gelangt man zu den Wohnungen mittels Aufzüge und Stiegen, die je zehn Wohnungen bedienen. Helle Oesgalerien führen in den fünf Stockwerken an den Wohnungen vorbei; in sie münden alle Wohnungstüren. Ein Radentrang mit Geschäften und Basaren wird die dringenden Einkaufswege verkürzen. Im Keller sind zur Benützung durch die Mieter eine Waschanstalt mit Treppen- und Wäschebänken, ferner die Vorrats- und Aufbewahrungskammern vorgesehen. Die Mietpreise freilich sind sehr hoch und machen den Zweck dieser Einrichtung illusorisch. Es sind zu bezahlen: für Zimmer, Vorraum und Bad 120 Mark, für Zimmer, Kabinett, Bad und Küche 140 bis 170 Mark, für drei Zimmer, Vorraum, Küche und Bad 220 Mark im Monat. Als Hauskostenzuschuß wird eine volle Jahresmiete verlangt, die dann allmählich abgerechnet wird. Für diese Mietpreise dürfte der Berliner auch außerhalb des Hotels eine Wohnung finden können.

Arbeit und Wirtschaft

Siebenuhr-Ladenschluß an Ausnahmetagen?

Beim Preussischen Handelsministerium ist von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels der Antrag gestellt worden, an den Ausnahmetagen vor Weihnachten einen erweiterten Geschäftsverkehr bis 7 Uhr abends zuzulassen. Die Bestrebungen, auf dem Verwaltungswege den Sechsuhr-Ladenschluß an den Ausnahmetagen zu befeitigen, sind nicht neu. Dennoch hatte bis zum Jahre 1925 niemand daran gedacht, eine solche Forderung zu erheben. Auf Grund zweier Eingaben der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels sowie des Deutschen Industrie- und Handelsrates erklärte jedoch das Reichsarbeitsministerium unter der früheren Leitung von Dr. Brauns in einem Schreiben vom 28. November 1925 an die Sozialministerien der Länder plötzlich, daß auf Grund des § 10 der alten Demobilisierungsverordnung über die Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 der Siebenuhr-Ladenschluß an den Ausnahmetagen zugelassen werden kann. Gegen eine solche mißbräuchliche Auslegung des § 10 der Verordnung vom 18. März 1919 hat der Zentralverband der Angestellten damals nachdrücklich Einspruch erhoben. Für die Anwendung des § 10 besteht rechtlich keine Möglichkeit, weil er nach keinem klaren Wortlaut nur auf die in der Verordnung vom 18. März 1919 enthaltenen Vorschriften über die Arbeitszeit Anwendung finden kann, nicht aber auf die Vorschriften des § 10b Absatz 2 der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe der Angestellten. Die Gewerbeordnung schreibt ungewissentlich den Sechsuhr-Ladenschluß vor. Wollte also der Gesetzgeber, daß diese einschränkende Bestimmung unter bestimmten Voraussetzungen keine Anwendung finden soll und ein späterer Ladenschluß zugelassen werden kann, so hätte das im Gesetz ungewissentlich zum Ausdruck gebracht werden müssen. Das ist jedoch nicht geschehen. Im Gegenteil: der Gesetzgeber hat durch den § 8 Absatz 1 der Verordnung vom 18. März 1919 die Schutzvorschriften des § 10b Absatz 2 der Gewerbeordnung auf alle Angestellten ausgedehnt, die unter den Geltungsbereich dieser Arbeitszeitverordnung fallen. Bei den Beratungen über das Arbeitszeitgesetz im Jahre 1927 ist aber auch klargestellt worden, daß der § 10 nur auf Arbeitszeitschränkungen Anwendung finden darf. Mit keinem Wort ist davon die Rede, daß der § 10 auch dazu benutzt werden kann, um den Sechsuhr-Ladenschluß an den Ausnahmetagen auf dem Verwaltungswege zu befeitigen.

Dennoch vertritt das Preussische Handelsministerium die Auffassung, daß der § 10 der Verordnung vom 18. März 1919 eine Handhabe bietet, um den Siebenuhr-Ladenschluß an den Ausnahmetagen einzuführen. Es besteht daher in Preußen die große Gefahr, daß durch eine mißbräuchliche Gesetzesauslegung der Sechsuhr-Ladenschluß an den Ausnahmetagen vor Weihnachten beseitigt wird. Um die Gefahren dieses drohenden sozialpolitischen Rückschritts von den Angestellten abzuwenden, ist der Zentralverband der Angestellten an die Sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages herangetreten und hat deren Eingreifen gefordert. Der Zentralverband der Angestellten kann unter keinen Umständen zulassen, daß durch eine mißbräuchliche Auslegung von Gesetzesvorschriften sozialpolitische Schutzgesetze für die Angestellten einfach außer Kraft gesetzt werden. Er erwartet vom Preussischen Handelsministerium unter Hinweis auf die klare und eindeutige Rechtslage, daß dem Antrage der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels nicht stattgegeben wird.

Lumperei

Nichts ist so dumm — es findet doch kein Publikum! Nach diesem schönen Wort traktiert die kommunistische Presse ihre bedauernswerten Leser. Es bringt sie neuerdings einen Artikel: „Wetterer Abbau der Krisenunterstützung“ und spricht dabei von einem neuen Schandstreich Wiffells gegen die Erwerbslosen.

Was ist passiert? Das Reichsarbeitsblatt brachte in seiner Nummer 25 die durch die Abänderung der Krisenunterstützung neu erlassenen Bestimmungen und Erlasse. Darin befindet sich u. a. auch folgender Satz: „In jedem Falle kann aber die für die Entscheidung zuständige Stelle die Krisenunterstützung auf einen längeren als den höchstzulässigen Zeitraum beschränken, wenn begründete Anzeichen bestehen, daß es dem Arbeitslosen möglich sein wird, sich innerhalb des kürzeren Zeitraumes durch eigene Bemühung eine Arbeit zu verschaffen, deren Arbeitslohn die Entschädigung der Unterhaltung nach sich zieht.“ Dieser Satz ist für die Kommunisten Grund genug, um sofort von einer neuen Verschlechterung der Krisenunterstützung zu sprechen. Der Reichsarbeitsminister Wiffell sagte dafür, daß von den 500.000 Krisenunterstützten Kennzeichnerkarte künftighin kommen. Das ist die Basis der sozialdemokratischen Minister, die zwar Hungerstreiker bewilligen können, aber die Erwerbslosen hungern lassen.

Eine Spitzenleistung in Ignoranz! Bei dem angeblich so großartigen Satz, der eine Verschlechterung der Krisenunterstützung darstellt, ist, handelt es sich um alte Klammern, um die rein formale Übernahme einer Bestimmung, die schon in der alten Erwerbslosenunterstützung zu finden war und keine selbstverständliche Sache — jedenfalls keine neue Bestimmung — darstellt, mit der hinterlistig und heimlich die ganze Verbesserung der Krisenunterstützung wieder beseitigt wird. Aber das brauchen die Leute, die nicht lesen können, nicht zu wissen. Die Kommunisten brauchen auch nicht zu wissen, daß die russische Arbeitslosenunterstützung das Ideal der deutschen Unternehmerr ist. Die Hauptlast für diese Gesellschaft ist, Gelegenheiten zu schaffen gegen den sozialdemokratischen Arbeiterminister zu gehen. Ein wirklich nobles Sortiment von Arbeiterfreunden.

Schlüssler Götting des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands

In Götting hatten sich die hiesigen Vertreter des Buchbinderverbandes in letzter Woche einen Rat, um zu einer Sitzung einzuladen, die sich um einen Verhandlungsprotokoll handelte. Der letzte Sitzung, die 1925 in Götting stattfand, war eine Sitzung, die sich um einen Verhandlungsprotokoll handelte.

Beim am Sonntagabend im Reichsverband einberufenen Ausschuss der Delegierten, unter Vorsitz von Götting, wurde die Verhandlungsprotokolle, die sich um einen Verhandlungsprotokoll handelte, diskutiert. Die Verhandlungsprotokolle, die sich um einen Verhandlungsprotokoll handelte, wurden diskutiert.

Im Sonntag früh um 8 Uhr begannen im Volkshaus bereits die Verhandlungen des ordentlichen Gantages, die sich bis weit in die Nachmittagsstunden ausdehnten. Der Vorsitzende des Gantages, Kollege Hunger, begrüßte nochmals die Vertreter der beruflich verwandten Verbände und die Kollegen aus Böhmen und gab dem Gauleiter, Kollegen Bruns (Breslau) das Wort zu seinem

Gauvorstandsbericht

und zu seinem Referat über die

Tarifpolitik

In seinen 24-kündigen Ausführungen gab der Redner ein umfassendes Bild über die Arbeit und die Erfolge des Verbandes in Schlesien in den Jahren 1925, 1926, 1927 und 1928. Was sich in einer solchen Spanne Zeit alles in organisatorischer und tariflicher Hinsicht ereignet hat, können wir leider nicht veröffentlichen. Aber das eine sei gesagt: Es dürfte wohl selten einen Verband geben, der mit so viel Schwierigkeiten in der Lohn- und Tarifpolitik zu rechnen hat, als der Buchbinderverband. Erkens sind zwei Drittel der in den papierverarbeitenden Industrien Beschäftigten Frauen und Mädchen. Hier ist die Situation, besonders in Schlesien, groß und dadurch die Organisationsaufmerksamkeit beizubehalten. Dann gibt es für Schlesien keine einheitlichen Tarifverhältnisse. Es müssen für eine Reihe von Industrien besondere Vereinbarungen geschaffen werden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden, soweit das Buchbindergewerbe in Betracht kommt, durch die Reichstarife geregelt. Erbitterte Gegner haben diese Reichstarife in den großen Unternehmen des Geschäftsbereichs in Briesg (Firma Loewenthal, F. I. Heinge) und Striegau (Lommel u. Nade), die ebenso wie die Gebelshausen in Habelschwerdt während der ganzen Zeit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Personale durch Haustarife (Preisvereinbarungen) niederkalten versucht, was ihnen vollkommen gelungen ist. Auch die gegen Ende des Jahres 1925 erfolgte Allgemeinverbindlichkeit des Api- und VDB-Reichstarifes hat diesem Zustand kein Ende bereiten können. Der Kampf besonders in Briesg behandelte der Redner sehr eingehend, da er auch zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Gauleitung und Verbandsleitung geführt hat. Jedenfalls schieden diese drei Orte von der tariflichen Regelung aus. Die Unternehmer in Briesg haben einen gelben Arbeiterverein und jeder Beschäftigte muß Mitglied der gelben Organisation sein. Heber das Jahr 1927 lag der Bericht folgendes:

Der Geschäftsgang im Jahre 1927 war ein wesentlich besserer als der im Vorjahre. Die Zahl der Arbeitslosen war eine weit geringere, und Kurzarbeit war außer in Sunzlau und Sirschberg überhaupt nicht anzutreffen. Erst am Jahresabschluss trat die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter erheblich an. Dies insbesondere auf die Vorgänge in der Zigarettenindustrie zurückzuführen ist, die infolge der Beschränkung des Stierkredits zu harten Zeitverhältnissen und sogar Stilllegung und Restrukturierung führte. Die dadurch veranlaßte Arbeitslosigkeit erreichte im Januar 1928 ihren Höhepunkt. Infolge des leidlich guten Geschäftsganges konnte auch die Mitgliederzahl des Ver-

Widerprüchsvolle Verkehrspolitik

Reichsverkehrsministerium verleiht die Binnenverkehrs

Das Reichsverkehrsministerium hat beschlossen, zugleich mit der Erhöhung der Reichsbahnstarife die Abgaben für die Binnenverkehrsflahrt um 11 Prozent heraufzusetzen. Dieser Bescheid kommt nicht nur für die Öffentlichkeit völlig überraschend, er ist auch für die Binnenverkehrsflahrt ein unangenehmer Schlag, da das Reichsverkehrsministerium es nicht für nötig gehalten hat, sich vorher mit den Vertretern der Binnenverkehrsflahrt und dem Reichswasserstraßenrat über die geplante Erhöhung der Schiffahrtabgaben zu verständigen.

Auch widerspricht das Reichsverkehrsministerium mit dieser Maßnahme seiner bisherigen Politik, da es bis zu dem kürzlich erfolgten Schluß des Reichsbahnstarifs sich der Erhöhung der Reichsbahnstarife widersetzt hatte. Das Ministerium hat versucht, seinen Bescheid vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und in der Hauptsache finanzielle, verkehrs- und handelspolitische Gründe als ausschlaggebend angegeben. In erster Linie entziehend seien handelspolitische Erwägungen gewesen, da der Ausbau eines großen deutschen Wasserstraßennetzes im allgemeinen Interesse liegt. Es sei ferner nicht zu betonen, daß die Wasserstraßen ihre Selbstkosten nicht beden können und daß man die Schiffahrtsubvention um 25 Prozent erhöhen müßte, um das bestehende Defizit um 2,5 Millionen Mark jährlich auszugleichen. Auch geht die allgemeine Tarifpolitik der Reichsbahn der Binnenverkehrsflahrt die Möglichkeit, in härteren Wettbewerb mit der Reichsbahn zu treten. Das Ministerium erklärt ferner, daß etwa zwei Drittel der deutschen Binnenwasserstraßen von der Erhöhung der Schiffahrtabgaben nicht berührt würden, da der Rhein, die Elbe und teilweise die Oder nicht abgabepflichtig seien. Daher würde die Erhöhung der Schiffahrtsubvention die Transporte auf den übrigen Wasserstraßen, den Kanälen, treffen.

Demgegenüber stellt der Reichsausschuß der deutschen Binnenverkehrsflahrt mit Recht fest, daß die deutsche Reichsbahn gerade die Wettbewerbsstarke von der letzten Tarifherabsetzung ausgenommen habe. Wie weit der Bescheid der Reichsbahnstarife dabei von der Reichsbahn getrennt ist, zeigt sich darin, daß je nach der Ausnahmetarife mit Ausnahme der Binnenverkehrsflahrtstarife enthalten sind. Daher wird sich die Tarifherabsetzung der Reichsbahn vor allem in einer Zustehelassung der An- und Abfahrtsfrachten äußern und damit eine weitere Verschärfung der Wettbewerbslage zwischen Schiene und Wasserweg zu erwarten das legimes herbeiführen.

Es ist deshalb nicht von der Hand zu weisen, daß das Reichsverkehrsministerium mit der überhöhten Erhöhung der Schiffahrtsubvention eine Politik verfolgt, die sehr stark den Interessen der Reichsbahn dient. Auch der Hinweis des Reichsverkehrsministeriums, daß die historischen Abgaben der Binnenverkehrsflahrt die höchsten Schiffs- und Unterhaltungsfrachten nicht decken, kann nicht überzeugen, denn die Reichsbahnstarife haben von jeher einen Zuschlag erbracht, und auch die jetzige Erhöhung der Schiffahrtsubvention kann nach den eigenen Angaben des Reichsausschusses des Defizit nur zur Hälfte ausgleichen.

Wenn schließlich das Ministerium handelspolitische Gründe als ausschlaggebend für die Erhöhung der Schiffahrtsubvention anführt, so handelt es sich um eine Meinung, die sich nicht durch die Tatsachen beweisen lassen. Die Handelspolitik des Reiches ist nicht durch die Erhöhung der Schiffahrtsubvention zu erklären. Die Handelspolitik des Reiches ist nicht durch die Erhöhung der Schiffahrtsubvention zu erklären. Die Handelspolitik des Reiches ist nicht durch die Erhöhung der Schiffahrtsubvention zu erklären.

bandes gesteigert werden. Der Gauvorstand hatte, die Konjunktur auszunutzen, eine stärkere Werbetaetigkeit in allen Zentren veranlaßt, die namentlich in der Zahlstelle Götting und in Orten mit Einzelmitgliedern, vor allem in Rusa u. a., guten Erfolg brachte, so daß eine Steigerung der Mitgliederzahl um 353 verzeichnet werden konnte. Lohnbewegungen wurden 21 geführt, von denen 20 noch im Berichtsjahr zum Abschluß kamen. In der Kartonnagenindustrie steigerte sich der Spitzenstundenlohn im Berichtsjahr bei Facharbeitern von 77 auf 84,5 Pf., bei Hilfsarbeitern von 54,5 auf 62 Pf., bei Facharbeiterinnen von 36,5 auf 42 Pf., bei Hilfsarbeiterinnen von 33 auf 38 Pf. In der Zigarettenindustrie erfuhr die Spitzenwöchentliche folgende Veränderungen: Buchbinder von 51,70 auf 53,35 Rm., Hilfsarbeiter von 37,50 auf 43,40 Rm., Facharbeiterinnen von 25 auf 29,55 Rm., Maschinenarbeiterinnen von 23,70 auf 27,90 Rm., Hilfsarbeiterinnen von 22,70 auf 26,85 Rm. Die Löhne der männlichen Arbeiter steigerten sich am 1. Januar 1928 um weitere 50 Pf. die Woche. Die Spitzenstundenlöhne in der Tüten- und Beutelbranche änderten sich wie nachstehend: bei Maschinenführern von 81,2 auf 89,5 Pf., bei Facharbeitern von 72,5 auf 80 Pf., bei Hilfsarbeitern (Padern) von 58 auf 64 Pf., bei Facharbeiterinnen von 40,6 auf 45 Pf., bei Hilfsarbeiterinnen von 37,1 auf 41 Pf. (Schluß folgt).

Für die schlesische Textilindustrie

beginnen am Sonntagabend in Breslau Schlichtungsverhandlungen zur Neuregelung der Arbeitszeit. Die freien Verhandlungen sind gescheitert. Der Schlichter wurde von den Arbeitgebern angerufen.

Zur Beilegung des seit Juli schwebenden Arbeitszeitkonfliktes bei den thüringisch-sächsischen Webereien ist vom Reichsarbeitsminister ein neues Verfahren eingeleitet worden. Die Schlichtungsverhandlungen beginnen kommenden Dienstag im Reichsarbeitsministerium und werden von Stadtrat Runge geführt, der zum Schlichter bestellt worden ist.

Der Reichsarbeitsminister greift ein

Montag Verhandlungen im Konflikt der Herrenkonfektion.

In dem Konflikt bei der Herrenkonfektion hat jetzt der Reichsarbeitsminister eingegriffen. Am kommenden Montag beginnen in Weimar Schlichtungsverhandlungen. Zum Schlichter wurde Regierungsrat a. D. Dr. Brahn bestellt.

Tarifstündigungen

auf den deutschen Seeschiffswerften

Der Lohnstarif für die deutschen Seeschiffswerften ist von den Arbeitern zum 1. Oktober gekündigt worden. Nachdem die ersten Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert sind, ist ein Schlichtungsverfahren eingeleitet worden, in dem am 15. September in Hamburg Verhandlungen stattfinden.

Kein Verhandlungsergebnis in der ober-schlesischen Montanindustrie

In der ober-schlesischen Montanindustrie sind, nachdem die Arbeitgeber, die die von einer besonderen Schlichtungskommission festgesetzte Lohnerhöhung von 6 bis 9 Prozent als unannehmbar bezeichnet haben, die Parteien übereingekommen, neue direkte Verhandlungen über die Beilegung des Lohnstreites unter Einwirkung des Schlichtungsausschusses aufzunehmen.

des Schiffahrtsverkehrs einen Zusammenhang hergestellt hat, der die Binnenverkehrsflahrt mit Recht ändern muß. Die endgültige Entscheidung über die Tarifherabsetzung wird der Reichsfinanzminister und der Reichstag zu fällen haben, und wir hoffen, daß in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Leichte Besserung des Geschäftsganges in der Leinenindustrie

Wiederaufnahme des Betriebes stillgelegter Kötankstellen

Nachdem die Flacherkötankstellen längere Zeit einen Teil ihrer Betriebe stillgelegt hatten, haben sie nach der größeren Stengelplackern die Arbeit in den Kötankstellen nunmehr zum größten Teil wieder aufgenommen. Zwar klagen die Spinnerinnen immer noch über schlechte Abzahlverhältnisse, doch wird für den Herbst mit einer Belegung gerechnet. Die Kötankstellen müssen bereits jetzt mit ihrer erweiterten Produktion einsehen, weil der Kötprozess etwa 4-5 Wochen in Anspruch nimmt. — Den schlesischen Leinenbetrieben sind in letzter Zeit in etwas größerem Maße behördliche Aufträge zugegangen, so z. B. in Handtüchern, Segeltüchern und Drillwaren. Einen bedeutenden Umfang haben diese Aufträge bisher jedoch nicht erreicht.

Genossenschaftliche Ernteerfassung

Berlin, 12. September. (Eigener Bericht.) Auf Einladung der preussischen Zentralgenossenschaftsklasse fand am 12. dieses Monats eine Besprechung über die Frage des landwirtschaftlichen Getreidegeschäfts und über die Frage der Bewegung und Finanzierung der diesjährigen Ernte zwischen Vertretern der genossenschaftlichen Warenzentrale und Vertretern des Schwermetallwerks statt. Von genossenschaftlicher Seite wurde die Zweckmäßigkeit einer engeren Verbindung zwischen genossenschaftlichen Warenzentralen ausgesprochen und der Wille zu einer entsprechenden geschäftlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Zur Erleichterung der Finanzierung der diesjährigen Ernte wurde angefragt, der Wille in den Vorjahren bei der Getreidelombardierung geübter Verfahrens eine Bevorschussung der genossenschaftlichen Erntemengen durch den Schwermetallwerks zu langern in Aussicht genommen. Die abschließenden Verhandlungen über die Bedingungen und technischen Einzelheiten dieser Form der Erntefinanzierung werden in einem engeren aus Vertretern beider Gruppen gebildeten Gremium alsbald durchgeführt werden.

Große Wollkäufe Deutschlands

auf den australischen Wollmärkten

Bei den australischen Wollverkäufungen Anfang ds. Monats waren die Deutschen die Hauptverkäufer. Es wurden am 4. d. Monats 10.650 Ballen Wolle, am 6. ds. Monats 30.000 Ballen und im Endes 11.550 Ballen versteigert. Trotz lebhafter Konkurrenz waren die Preise fest. Neben den Deutschen traten die Japaner als Hauptkäufer auf. Grundsätzlich zeigte sich eine Zuspitzung des englischen Zwischenhandels.

Steigende Ausfuhr deutscher Wirtwaren nach Frankreich

Der deutschen Wirtwarenhandelsindustrie ist es gelungen, in der letzten Zeit die Ausfuhr nach Frankreich in Strumpfwaren in Folge einer besonders preiswerten Artikel zu steigern. Infolge des harten Wettbewerbs der Vereinigten Staaten, Englands und Italiens. Die französische Industrie kämpft sich aber durch die Anschaffung von Maschinen, die Strumpfwaren nachher exportieren. Produkte von derselben Güte und denselben niedrigen Preisen wie die importierten Strumpfwaren herstellen. — In der Stoffhandelsindustrie ist der Wettbewerb des Auslandes weniger heftig.

